Bezugs-Preis: Täglich 2 Ausgaben (Mittags und Abends). Sonntags 1—2 Blätter und Beilagen, im Stadtbezirke vierteljährl. M. 2.10, monatl. 70 Pfg. Bei der Post vierteljährl. M. 2.25. Sonntags-Ausgabe im Stadtbezirke vierteljährl. 40 Pfg., bei der Post M. 1. Gratis-wöchentliche Unterhaltungs-Beilage und Volkswirthschaftliche Beilage, monatl. Eine Beilage „Bücherwarte". 4tägige Probesendung gratis auf Wunsch.

Niederrheinische Volkszeitung.

Anzeigen-Preis: Die 7spaltige Nonpareillezeile kostet 15 Pf. bei auswärtigen Gratis-Aufnahme in den „Krefelder Stadt-Anzeiger"; außerhalb d. Hauptverbreitungsgebietes 20 Pf.; bei Wiederholungen Rabatt. Beilage-Gebühren pro 1000 M. u. Postnummer-Zeile 30 Pf. Offerten-Provision 25 Pf. Reichstelefon: Amt Crefeld Nr. 42. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Krefeld. Fernsprecher 394.

Verantwortliche Redakteure: Für den politischen Theil: Paul Lerch; für die übrigen redaktionellen Theile: Ernst Steindlhuber. Beiträge wolle man an die Redaktion, nicht an die einzelnen Redakteure senden.
Rotationsdruck und Verlag der J. B. Klein'schen Buchdruckerei, M. Buscher.

Nr. 713. Crefeld, Donnerstag, den 6. Dezember 1900 (Nikolaus). 52. Jahrgang.

Mittag-Ausgabe.

Der Zentrumsantrag auf Freiheit der Religionsübung im Reichstage.

☆ **Berlin**, 5. Dez.

Mit dem heutigen Tage kann das Zentrum zufrieden sein. Der moralische Erfolg war ganz und gar auf seiner Seite, und daß auch der praktische Erfolg nicht gänzlich ausbleiben wird, ist schon heute sicher. Die Unerträglichkeit der kirchenpolitischen Zustände in Sachsen, Mecklenburg, Braunschweig u. s. w. ist von allen Parteien ohne Ausnahme mehr oder weniger unbedingt anerkannt worden, und das kann schließlich nicht ohne Wirkung bleiben. Entweder werden die Einzelstaaten selbst mit veralteten Bestimmungen aufräumen müssen, oder das Reich muß einschreiten. Das wäre zwar noch nicht alles, was der Zentrumsantrag will, aber es wäre schon sehr viel.

Haus und Tribünen sahen heute nicht danach aus, als ob etwas besonders Wichtiges vorgehe. Nur das Zentrum war stark vertreten, die übrigen Parteien und die Tribünen wiesen die alltägliche Besetzung auf. Dagegen wich das Aussehen des Bundesrathstisches vollständig von dem sonst an Schwerinstagen gewohnten ab. Seit Jahren ist es beim hohen Bundesrath Sitte, sich um die Berathung von Initiativanträgen nicht zu kümmern, also auch keinen Vertreter dazu zu schicken, mit der Begründung, daß man mit der Stellungnahme warten wolle, bis Beschlüsse des Hauses vorlägen. Wie anders heute! Auf den gewohnten Plätzen saßen der Reichskanzler und der uncentrennliche Staatssekretär Graf v. Posadowsky; ferner der Reichsjustizamtssekretär und eine Reihe von Gesandten der Einzelstaaten. Und nicht das allein. Der erste, der das Wort ergriff, war der Reichskanzler. Wäre man nicht bereits in die Tagesordnung eingetreten gewesen, so hätte man, wie später der Abg. Richter bemerkte, glauben müssen, er wolle etwas über den Nichtempfang des Präsidenten Krüger sagen. Jedenfalls war das Haus sehr überrascht, so außergewöhnlich war die Sache.

Wenn er nun auch keine das Zentrum befriedigende Erklärung abgab, so war es doch für dies eine nicht geringe Genugthuung, daß er überhaupt das Wort ergriff. Denn das bezeugte, welches Gewicht man dem Antrag auch im Bundesrath beilegt. Graf Bülow erklärte in möglichst verbindlicher Form, daß die verbündeten Regierungen dem Antrage nicht zustimmen könnten, weil er die verfassungsmäßige Selbstständigkeit der Bundesstaaten auf einem der Zuständigkeit der Landesgesetzgebung vorbehaltenen Gebiete beschränken wolle. Als Reichskanzler habe er die Aufgabe, den bundesstaatlichen Charakter des Reiches und die Autonomie der Bundesglieder nicht beeinträchtigen zu lassen, damit das Vertrauen zur Reichsverwaltung ungeschmälert erhalten bleibe. Er fügte aber hinzu, daß es in einzelnen Staaten aus alter Zeit überkommene Bestimmungen geben möge, die mit den Grundsätzen freier Religionsübung nicht im Einklang stünden und von denen er hoffe, daß sie verschwinden würden. Der Reichskanzler verurtheilt also ebenfalls die von den Katholiken beklagten Zustände und erkennt nur die Kompetenz des Reiches nicht an.

Dem Abg. Dr. Lieber, der den Antrag begründete, gelang es unseres Erachtens vollkommen, die Zuständigkeit des Reiches nachzuweisen aus seinem bisherigen gesetzgeberischen Vorgehen auf dem Gebiete des Vereinsrechts und aus Art. 3 der Verfassung (Indigenat). Ueberdies hatte er die Praxis für sich, denn das Jesuitengesetz, das Expatriirungsgesetz und das Gesetz von 1869, welches die Ausübung staatsbürgerlicher und politischer Rechte von dem Bekenntniß unabhängig macht, zeugen für die Zuständigkeit des Reiches. Daß man die Zuständigkeit des Reiches, um an ein altes Wort Windthorsts anzuknüpfen, nur gelten lassen will, wenn es gegen die Freiheit geht, es aber für unzuständig erklären will, wenn es gegen die Sklaverei geht, ist wenigstens eine sonderbare Konsequenz. Nicht minder befremdend ist, daß man hier auf einmal so strenge an der Kompetenz festhält, während man sich sonst mit Leichtigkeit darüber hinwegsetzt und insbesondere der Bundesrath es nicht ängstlich damit nimmt; man vergleiche nur die Entstehung der freiwilligen „ostasiatischen Armee" mit den Verfassungsbestimmungen über das Militärwesen.

Eine unbedingte Zustimmung des ganzen Hauses zu dem Antrage hatte natürlich niemand aus dem Zentrum erwartet. Allein trotzdem konnten ihm die folgenden Debatten zur vollen Befriedigung gereichen. Es fand sich kein Redner, der nicht die Abänderungsbedürftigkeit der Zustände in Sachsen, Mecklenburg usw. anerkannt und seine Bereitwilligkeit ausgesprochen hätte, dazu mitzuwirken, geschweige denn, daß sich jemand gefunden hätte, der für die Aufrechterhaltung dieser Zustände eingetreten wäre. Die Konservativen ließen durch den Abg. Grafen Udo zu Stolberg erklären, daß sie die Zuständigkeit des Reiches nicht gegenüber allen Punkten des Antrages für zweifellos feststehend erachteten und zu dem Versuche bereit seien, einzelne Theile aus ihm herauszuschälen. Eine Rede, die zum großen Theil von den Antragstellern selbst hätte gehalten werden können, hielt der Abg. v. Bollmar, wiewohl er es natürlich an den üblichen Angriffen auf das Zentrum nicht fehlen ließ. Wie sich erwarten ließ, wollen die Sozialdemokraten aber noch mehr als der Antrag, nämlich volle Freiheit der Religionsübung für alle, nicht bloß für die anerkannten Religionsgemeinschaften. Sogar die Nationalliberalen verurtheilen durch den Mund des Abg. Bassermann die veralteten gesetzlichen Bestimmungen und Einrichtungen in den Einzelstaaten und erklärten sich bereit, zu ihrer Beseitigung mitzuwirken. Zu dem Ende würden sie auch vor einer Kompetenz-Erweiterung des Reiches unter Umständen nicht zurückschrecken. Andererseits aber wollen sie das Kirchenhoheitsrecht der Einzelstaaten nicht preisgeben und wenn sie einerseits die Religionsfreiheit auch für die nichtanerkannten Religionsgesellschaften fordern, so haben sie andererseits doch Angst vor ausländischen Orden, nationalen Aspirationen u. s. w. Abg. Richter hielt das Reich für durchaus zuständig, war mit dem ersten Theil des Antrags einverstanden, fürchtete aber von dem zweiten, daß damit alle nur denkbaren kirchenpolitischen Streitfragen wieder aufgerührt würden, und indem er gleiche Freiheit für alle Religionsgesellschaften forderte, entwickelte er ein Programm, das gleich dem der Sozialdemokraten auf Trennung der Kirche vom Staate hinausläuft. Aehnlich, doch entgegenkommender äußerte sich sein Rivale Abg. Rickert, während bei dem Abg. Stockmann (Rp.) staatsrechtliche und nationale Bedenken, sowie die Jesuitenangst überwogen. Gleichwohl billigte er den Grundgedanken des ersten Theils. Daß Abg. Fürst Radziwill sich für den Antrag erklärte, versteht sich von selbst; nur verflocht er in seine Empfehlung die Beschwerden der Polen hinein, worauf der Staatssekretär Graf Posadowsky eine rein formale Erwiderung für nöthig hielt. Mit einer Fülle von Beweismaterial, ausgerüstet legte sodann der Abg. Dr. Pichler die Nothwendigkeit des Antrages an den Zuständen in einer Reihe von Einzelstaaten dar.

Zur Rechten der Rednertribüne hatte schon zu Beginn der Sitzung der mecklenburgische, zur Linken der sächsische Gesandte Platz genommen, während am Bundesrathstische links der Vertreter Braunschweigs saß. Man sah es ihnen an, daß sie nur auf die Ausführungen Schlers gewartet hatten. Als er geendet, ergriffen sie dann auch einer nach dem andern das Wort, um die heimischen Zustände zu vertheidigen. Das Haus sah dieser Anstrengung mit steigender Heiterkeit zu. Vor allem aber mußte es Heiterkeit erregen, wenn sie sich immer wieder auf ihre Gesetze beriefen. Das ist es ja eben. Diese veralteten Gesetze sollen fallen. Die Berufung auf sie bestätigt ja nur die Beschwerden des Zentrums. Anzuerkennen ist, daß sie alle einen freundlichen, entgegenkommenden Ton anschlugen und mehr oder weniger bestimmt Besserung gelobten. Angenehm war für die Herren die ganze Situation sichtlich nicht.

Der Verlauf der Debatten war für das Zentrum, zumal gegen Ende, wo die drei Bundesbevollmächtigten auftraten, so befriedigend gewesen, daß es auf das Schlußwort verzichten konnte. Der Antrag ging an eine Kommission. Ob sich ein Gesetz daraus entwickeln wird, ist noch nicht abzusehen. Das aber steht fest: so wie es in verschiedenen Bundesstaaten auf kirchenpolitischem Gebiete aussieht, bleibt es nicht allzu lange mehr.

CPC Deutscher Reichstag.

(Unberechtigter Nachdruck, auch theilweiser, untersagt.)

14. Sitzung vom 5. Dezember.

Eröffnung 1¼ Uhr.

Am Bundesrathstische: Reichskanzler Graf Bülow, Graf Posadowsky.

Einziger Gegenstand der Tagesordnung ist die Berathung des Toleranzantrags Dr. Lieber (Zentr.)

(Die Erklärung des Reichskanzlers v. Bülow haben wir bereits in der Abend-Ausgabe von gestern im Wortlaute mitgetheilt. D. R.)

Das Wort zur Begründung des Antrags erhält hierauf

Abg. Dr. Lieber: In der eben gehörten Erklärung haben wir zwei Dinge genau zu unterscheiden: zuerst die Erklärung des Bundesraths, dann die Erklärung des Herrn Reichskanzlers für seine Person. Was die letztere angeht, so erkennen meine politischen Freunde vollauf die hohe Pflicht an, das Vertrauen der verbündeten Regierungen in die Reichsgewalt auch dadurch zu erhalten, daß er für seine Person alles vermeidet, was einem Eingriff in die verfassungsmäßigen Rechte der verbündeten Staaten als Einzelstaaten gleichkommt. Dankbar sind meine Freunde für den anderen Theil der persönlichen Erklärung des Herrn Reichskanzlers, der mit nicht geringer Deutlichkeit sich für die volle Gleichberechtigung der anerkannten Religionsgemeinschaften in allen Einzelstaaten des Reiches aussprach. Was die Erklärung angeht, welche der Herr Reichskanzler für den hohen Bundesrath abgegeben hat, so begrüße ich für meine Person auch hierin einen wesentlichen Fortschritt. Bisher gewöhnt, von uns für lebenswichtig gehaltene Anträge aus dem Schooße des Reichstages vor leeren Bundesrathsbänken verhandeln zu müssen (Sehr richtig! in der Mitte), haben wir heute die erfreuliche Thatsache erlebt, daß der Bundesrath sogar nicht einmal die Begründung unseres Antrages hat abwarten wollen (Heiterkeit), ohne Stellung zu demselben zu nehmen. (Sehr richtig! in der Mitte; Zuruf bei den Soz.) — „Welch ein Fortschritt!", sagt Herr v. Vollmar, und ich sage es mit ihm. Der hohe Bundesrath hat uns zwar nichts Neues mehr erklären lassen. Wir sind aber so verwöhnt durch die Nichtachtung, die wir bisher von dieser Seite erfahren haben, daß wir schon dankbar dafür sind, daß er wenigstens etwas gesagt hat. (Heiterkeit.) Das, was der hohe Bundesrath gesagt hat, war ja nach allem, was seit Einbringung unseres Antrages in der Presse zu lesen und sonst zu vernehmen war, selbstverständlich. Es erinnert mich lebhaft an ein Wort des alten verewigten Abg. Dr. Windthorst, das mir als junger Parlamentarier in die Ohren geklungen ist, und heute noch nicht aufgehört hat, dort mir zu widerhallen: „Die Zuständigkeit für die Freiheit und die Nichtzuständigkeit, wo es sich um Sklaverei handelt." Ich werde mich bemühen, in aller Kürze unseren Antrag zu begründen. Die Einzelheiten der Religionsbeschwerden in einzelnen Bundesstaaten, an denen auch der Herr Reichskanzler nicht hat zweifeln können, diese Einzelheiten wird ein berufener Freund von mir später Ihnen noch in Fülle vortragen. Insbesondere hoffen wir, daß dieses hohe Haus und die Gelegenheit geben wird, diese Einzelheiten von Religionsbeschwerden in einer besonderen Kommission, an welche ich unseren Antrag zu verweisen beantrage, und zwar in einer Kommission von achtundzwanzig Mitgliedern des Näheren zu begründen. Ich habe den lebhaften Wunsch, daß die Erörterungen, die wir nothgedrungen durch unsern Antrag hervorrufen mußten, hier im Reichstag wie in der Kommission sowohl, als auch gegenüber den hohen verbündeten Regierungen ohne jede persönliche und konfessionelle Schärfe geführt werden. Ich stehe gar nicht an, zu erklären, daß wir nicht bestimmte Personen, namentlich nicht bestimmte Regenten einzelner Bundesstaaten, sondern daß wir, wie es auch der Herr Reichskanzler so schön bezeichnet hat, „von altersher überkommene Gesetzgebungen und Zustände" für das verantwortlich machen, was wir mit unserem Antrage anzuräumen wünschen. Vielleicht darf ich, nur im Vorübergehen, jene drei Bundesstaaten nennen, die in erster Linie, namentlich in den letzten Jahren, Anlaß zu solchen Religionsbeschwerden des katholischen Theils gegeben haben, es sind die Staaten Mecklenburg, Braunschweig und Königreich Sachsen. Die Blätter meiner Partei, größere sowohl als Lokalblätter, sind in den letzten Jahren zunehmend angefüllt worden mit Klagen aus diesen Ländern über eine Behandlung des katholischen Theiles, die mit den freiheitlichen Grundsätzen, die wir im übrigen deutschen Vaterlande gewöhnt sind, in keiner Weise vereinbar erscheinen. Wenn ein Geistlicher, um an den vier Sonntagen des Monats an vier verschiedenen Orten je die heilige Messe feiern zu dürfen, für jede dieser hl. Messen jedesmal zuvor die besondere Genehmigung der hohen Landesregierung einholen muß, so ist das eine Art polizeilicher Bevormundung, von der wir in dem größten Bundesstaate Preußen gar keine Vorstellung mehr haben. Wir würden diesen Antrag auch eingebracht haben, wenn solche Beschwerden im Augenblicke sich nicht täglich anhäuften. Wir würden ihn eingebracht haben noch aus einem anderen Grunde. Der andere Grund liegt in der Entwickelung der Reichsgesetzgebung selbst. Unter dem 25. Juli 1900 ist das Gesetz, betreffend Aenderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der deutschen Schutzgebiete veröffentlicht worden, in welches der § 10a Aufnahme gefunden hat, welcher lautet, wie folgt:

„Den Angehörigen der im deutschen Reiche anerkannten Religionsgemeinschaften werden in den Schutzgebieten Gewissensfreiheit und religiöse Duldung gewährleistet; die freie und öffentliche Ausübung dieser Kulte, das Recht zur Erbauung gottesdienstlicher Gebäude und der Errichtung von Missionen der bezeichneten Religionsgemeinschaften unterliegen keinerlei politischer Beschränkung noch Hinderung."

Wir haben geglaubt, auch der hohe Bundesrath würde ein Gefühl für das Beschämende des Zustandes haben (Sehr richtig!), daß in den Schutzgebieten des Deutschen Reiches kraft Reichsgesetzes erlaubt ist, was in den Einzelstaaten dieses mächtigen Deutschen Reiches verboten ist (Hört! hört! in der Mitte) und, wie wir gehört haben, verboten bleiben soll, so lange bis nicht die Einzelstaaten sich herbeilassen, von sich selbst aus Wandel zu schaffen. Wir halten es für eine unausweichliche Konsequenz, daß die Reichsgesetzgebung nunmehr auch im eigenen Lande den Grundsatz zur Geltung bringt den sie für die Schutzgebiete zum Widerspruch angenommen und eingeführt hat. (Sehr richtig! in der Mitte.) Nun kommt der hohe Bundesrath gegenüber dieser wahrscheinlich doch auch von ihm schwerlich zu bestreitenden Folgerichtigkeit unserer Forderungen mit der Einrede der Nichtzuständigkeit des Reiches! Wir wollen nicht etwa auf das altererbte Uebel der Staatskirchenhoheit ein neues Uebel, eine Reichskirchenhoheit pfropfen. Man wird eben anerkennen müssen, daß vor der Reichsgesetzgebung die Religionsgemeinschaften Vereine sind, wie alle anderen Vereine im Reiche auch; dann kann man den Einwand der Nichtzuständigkeit der Reichsgesetzgebung nicht erheben. Wir haben uns vor noch nicht langer Zeit bei Gelegenheit des viel genannten Verbindungsverbotes für politische Vereine über diese Frage hier und in den Einzel-Landtagen unterhalten und es ist als die gemeine Meinung aller Zuständigen festgestellt, daß in Sachen der Vereinsgesetzgebung die Zuständigkeit der Einzelgesetzgebungen nur so weit noch reicht, als nicht die Reichsgesetzgebung dieser Materie sich bemächtigt hat. Hat nun die Reichsgesetzgebung sich bis heute der Zuständigkeit in Sachen der Religionsfreiheit von religiösen Gemeinschaften oder Vereinigungen noch nicht bemächtigt, so hindert das doch nicht, den Antrag einzubringen, nunmehr auch diese Materie auf Grund der Reichsverfassung zur Reichsgesetzgebung zu ziehen. Nun darf ich aber noch einmal betonen: Nichts liegt uns ferner, als eine positive Reichskirchenhoheit einführen zu wollen. Nein, wir wollen von Reichsgesetzgebungs wegen die Staatskirchenhoheit beseitigt wissen, soweit es die Reichsverfassung zuläßt. Der erste Theil unseres Antrages, die Religionsfreiheit der einzelnen Reichsangehörigen, in unserer Auffassung nach ein Ausfluß des durch Artikel 3 unserer Reichsverfassung gewährleisteten gemeinsamen Indigenats mit der davon untrennbaren Freizügigkeit sämmtlicher Reichsangehörigen und in Bezug auf sämmtliche zum Reiche verbundenen Einzelstaaten. Man macht den Einwand: ja, die Reichsverfassung sagt in Artikel 3 ausdrücklich, was durch dieses gemeinsame Indigenat und die Freizügigkeit gewährleistet werden soll: „Das Recht zum festen Wohnsitz, zum Gewerbebetriebe, zu öffentlichen Aemtern, zur Erwerbung von Grundstücken, zur Erlangung des Staatsbürgerrechtes und zum Genusse aller sonstigen bürgerlichen Rechte." Sie sagt aber nicht ausdrücklich: das Recht der freien Religionsübung, wie wir es in unserem Antrage verlangen. Nun habe ich darauf ein Doppeltes zu erwidern. Unter „allen sonstigen bürgerlichen Rechten" verstehen meine politischen Freunde das wichtigste aller bürgerlichen Rechte, das Recht freier und unbehinderter Religionsübung in allererster Linie. (Lebhafte Zustimmung in der Mitte.) Ich habe aber auch darauf ein Zweites zu erwidern. Der Artikel 3 der Reichsverfassung nennt auch die Ausnahmen, die nicht unter das Indigenat fallen; er sagt:

„diejenigen Bestimmungen, welche die Armenversorgung und die Aufnahme in den lokalen Gemeindeverband betreffen, werden dadurch nicht berührt" —;

er sagt ferner:

„ebenso bleiben bis auf Weiteres die Verträge in Kraft u. s. w. wegen der Ausweisungen, wegen der Verpflegung erkrankter und Beerdigung verstorbener Staatsangehöriger."

Die Reichsverfassung nennt also die Religionsfreiheit der einzelnen durch das Indigenat berechtigter Reichsangehörigen nicht unter den Ausnahmen! Und ich darf mich auf den allgemeinen Auslegungsgrundsatz berufen: Ausnahmen zu Ungunsten der Berechtigten sind strikte zu interpretiren. Da die Verfassung die Religionsfreiheit der einzelnen Reichsangehörigen unter diesen Ausnahmen nicht aufzählt, so wird kein Mensch im Stande sein, den Beweis zu erbringen, daß die Forderung der Religionsfreiheit sämmtlicher Reichsangehörigen eine verfassungswidrige, eine nicht zur Zuständigkeit der Reichsgesetzgebung gehörige Sache sei. Man muß ich mich aber doch wirklich wundern über das kurze Gedächtniß, mit dem bei dem Einwande von der Nichtzuständigkeit der Reichsgesetzgebung vorgegangen wird. Noch war das Deutsche Reich nicht zusammengeschmiedet, noch bestand nur erst der Norddeutsche Bund, und schon erschien ein Gesetz im Jahre 1869, welches für alle im Norddeutschen Bund vereinigten Staaten, auch für Mecklenburg, Braunschweig und Sachsen, die Ausübung bürgerlicher und staatsbürgerlicher Rechte für unabhängig vom religiösen Bekenntniß erklärte. (Hört! Hört! in der Mitte.) Es ist das Gesetz des Norddeutschen Bundes vom 3. Juli 1869, dessen einziger Artikel lautet:

„Alle noch bestehenden, aus der Verschiedenheit des religiösen Bekenntnisses hergeleiteten Beschränkungen der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte werden hierdurch aufgehoben. Insbesondere soll die Befähigung zur Theilnahme an der Gemeinde- und Landesvertretung und zur Bekleidung öffentlicher Aemter vom religiösen Bekenntniß unabhängig sein."

Und kaum war das Deutsche Reich zusammengeschmiedet, als man dieses Gesetz des Norddeutschen Bundes auf das ganze Deutsche Reich ausdehnte. Was thun wir heute anders, als den Antrag an Sie zu bringen, die Parallele zu diesem Gesetz von 1869 zu schaffen, die Unabhängigkeit des religiösen Bekenntnisses von allen staatsbürgerlichen Beschränkungen? (Sehr richtig! in der Mitte.) Aber ich gehe noch einen Schritt weiter. Mit leichtem Herzen, ohne an die Nichtzuständigkeit der Reichsgesetzgebung nur zu denken, vielmehr, wie der damalige Wortführer des hohen Bundesrathes, der preußische Herr Justizminister Dr. Friedberg, so selbstgefällig erklären konnte: bloß auf das maßgebende Votum dieses hohen Hauses hin, legte der hohe Bundesrath dem Reichstage ein Jesuitengesetz vor (Sehr richtig! in der Mitte), ein Jesuitengesetz, welches einen Paragraphen enthielt, in welchem dem Bundesrath die Vollmacht gegeben war, sämmtliche katholische Orden für jesuitenverwandt zu erklären, wenn er gewollt hätte. Kein Mensch hat die Zuständigkeit der Reichsgesetzgebung zum Erlaß eines so exorbitanten Gesetzes bezweifelt. Der hohe Bundesrath hat zu seinem Ruhm schließlich auf vier solcher religiösen Orden beschränkt und ist inzwischen so sanft geworden, daß er diese vier noch einmal getheilt hat und heute nur noch zwei jesuitenverwandte Orden kennt. Vielleicht wächst die Sanftmuth mit den Jahren noch mehr. (Heiterkeit.) Aber wer so mit rauher Hand in die religiöse Freiheit in den Einzelstaaten eingegriffen hat, der darf heute nicht sagen: die Reichsgesetzgebung —, der darf nicht sagen: diese Klinke der Gesetzgebung darf nicht angerührt werden (Sehr richtig! in der Mitte), wo es sich um den Schutz der Religionsfreiheit handelt. (Sehr gut! in der Mitte.) Und wie ging es denn mit dem Gott sei Dank inzwischen wieder aufgehobenen Priesteransweisungsgesetz? War das keine Einmischung der Reichsgesetzgebung in religiöse Angelegenheiten? (Sehr gut! in der Mitte.) Also ich denke wer schon so munter darauf losgearbeitet hat mit der Reichsgesetzgebung in Sachen der religiösen Freiheit, der kommt etwas zu spät, wenn er sich heute darauf besinnt, das Reich möchte am Ende nicht zuständig sein für die Annahme und Ausführung unseres Antrages. Und schließlich, was haben wir denn in diesem Sommer erlebt? Begreiflicherweise ist nichts in unserer Reichsverfassung mit größerer Ausführlichkeit geordnet als das Reichsmilitärwesen. Es ist Artikel 63 unserer Verfassung, welcher bestimmt: „Die gesammte Landmacht des Reiches wird ein einheitliches Heer bilden." Und in diesem Sommer sehen wir noch einmal neben unserer auf der einheitlichen Wehrpflicht aufgebauten Landmacht eine auf das Freiwilligkeitsprinzip gerichtete ostasiatische Armee entstehen, gänzlich verschieden von allem, was die Verfassung in ihrem Absolutismus über das Reichskriegswesen kund und anordnet. Wir sehen sie erstehen, ohne daß auch nur das nöthige Drittel der verbündeten Staaten sich findet, um die Berufung des Bundesraths zu verlangen zum Zwecke der Erörterung der wichtigen Frage, ob man denn gegenüber den klaren Vorschriften der Reichsverfassung über das Reichskriegswesen an der betreffenden Stelle, die die neue freiwillige ostasiatische Armee gebildet hat, zuständig sei, eine solche Armee ins Leben zu rufen oder nicht. Und und armen Reichstagsabgeordneten gegenüber sitzt auf einmal der hohe Bundesrath wieder in corpore auf seiner hohen Rosse der Nichtzuständigkeit! (Heiterkeit in der Mitte.) Nun, das macht wirklich keinen sehr imponirenden Eindruck (Sehr gut! und Heiterkeit in der Mitte), und ich denke, der hohe Reichstag wird sich die Sache doch noch etwas gründlicher ansehen, als es die verbündeten Regierungen zu thun für gut befunden haben. Ich habe sehr häufig gegenüber den Einzelstaaten meinerseits die Nichtzuständigkeit der Reichsgesetzgebung vertreten. (Sehr richtig! rechts; Hört, hört! links.) Ich habe es gethan in redlicher Ueberzeugung von der Nichtzuständigkeit des Reichs in denjenigen Materien, um die es sich damals handelte. Nichts liegt mir ferner, als, wenn ich die feste Ueberzeugung habe, daß das Reich nicht zuständig ist, diese Zuständigkeit ausdehnen zu wollen; aber man soll mir persönlich nicht vorwerfen, ich hätte aus der Geschichte und Entwickelung des Deutschen Reiches nichts gelernt. Die ganze Entwickelung unserer Gesetzgebung hat dahin geführt, daß, wo man es für gut findet, man sich über die sogenannte „Kompetenzkompetenz" mit einem leichten Saltomortale hinwegsetzt. (Sehr richtig! aus der Mitte.) Nehmen Sie mir nicht übel, wenn ich nun auch den geehrten Herren sage: wenn Ihr zuständig seid, wo es die Sklaverei von uns gilt, dann bitte, lasset uns die Freude, Euch auch für zuständig zu halten, wo es unsere Freiheit gilt. (Sehr richtig! aus der Mitte. Bravo!) Und nun noch ein Wort gegenüber dem Vorwurf, dieser Antrag liege lediglich im Interesse der katholischen Reichsangehörigen. Unser Antrag ist durchaus allgemein gefaßt und allgemein gemeint. Wir haben in unserer Geschichte jahrhundertelange schwere Kämpfe zu verzeichnen, in die ich im Einzelnen jetzt nicht hineinsteige. Nach diesen jahrhundertelangen schweren Kämpfen sind wir in Deutschland so weit, daß wir die bürgerliche und staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Bekenntnisse als den einzigen Boden, auf dem das deutsche Reich gedeihen und sich gedeihlich entwickeln kann, anerkennen auch unsererseits. Gewiß reden wir damit nicht der sogenannten dogmatischen Toleranz das Wort; wir an unserem Theil sind der Meinung, es gibt überhaupt keine dogmatische Toleranz. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Jede Ueberzeugung, die etwas auf sich hält, muß sich für die allein richtige halten. Darum handelt es sich nicht. Aber ich hoffe, wir können uns mit den meisten unserer verehrten Herren Kollegen zusammenfinden auf dem vaterländischen Boden der bürgerlichen und der staatsbürgerlichen Toleranz. (Lebhaft es Bravo! in der Mitte.)

(Es folgen die Abgg. Graf v. Stolberg (kons.) und v. Vollmar (Soz.). Vergleiche den telegraphischen Bericht in der Abend-Ausgabe von gestern. D. R.)

Abg. Bassermann (ntl.): Wir erkennen die weittragende Bedeutung des Antrags, namentlich in seinem zweiten Theile, vollkommen an. Der Antrag hat daher auch gewaltiges Aufsehen erregt im Volke und in der Presse. Daß dabei manche schiefen Urtheile und Uebertreibungen untergelaufen sind, ist begreiflich, ich rechne dazu auch die Einwendungen gegen den Antrag, daß er die Rekatholisirung des deutschen Volkes oder wenigstens die Wiedereinführung des Kulturkampfes beabsichtige. Ich glaube, mit der ersten Befürchtung unterschätzt man denn doch die Kraft des evangelischen Glaubens, und die zweite Befürchtung ist wohl schon aus dem Grunde hinfällig, weil auf allen Seiten die Sehnsucht nach konfessionellem Frieden herrscht. Der erste Theil des Antrags proklamirt die religiöse Freiheit und Toleranz. Wir haben uns von jeher zu diesem Grundsatze bekannt, wir freuen uns, daß das Zentrum sich heute feierlich zu diesem Grundsatze bekennt, und wir hoffen, der Katholizismus wird nun auch dort, wo er jetzt die Herrschaft hat, diesen Grundsatz praktisch bethätigen (Beifall bei den Nationall.) Der zweite Theil des Antrags involvirt eine Erweiterung der Reichsverfassung. Nach unserer ganzen Vergangenheit stehen wir einer solchen Erweiterung der Reichsverfassung, wenn dadurch wirklich die Toleranz gefördert wird, nicht ablehnend gegenüber. Das erscheint mir aber zum mindesten zweifelhaft. Wenn man einmal an die Regelung der Religionsübung herantritt, wenn man die Religionsfreiheit ausdrücklich statuiren will, so verlangen wir grundsätzlich, daß diese Freiheit auch nicht nur den „anerkannten Religionsgesellschaften", sondern auch den Angehörigen anderer Religionsgemeinschaften, also vor Allem auch den Dissidenten und den Altkatholiken gewährt wird. Unzweifelhaft bedeutet der Antrag in seinem zweiten Theile eine Verfassungsänderung. Ob es möglich, oder ob es auch nur zweckmäßig sein würde, eine solche Verfassungsänderung gegen den Willen einzelner Bundesstaaten durchzudrücken, erscheint mir zum Mindesten zweifelhaft. Der Abg. Windthorst hat seiner Zeit mit großer Energie den Standpunkt vertreten, daß zu einer solchen Erweiterung der Kompetenz der Reichsgesetzgebung die einstimmige Zustimmung sämmtlicher Bundesstaaten nothwendig sei; es scheint ja, daß das Zentrum heute andere Grundsätze vertritt. (Beifall bei den Nationall.) Was die Einzelheiten des Antrages anlangt, so ist für uns zunächst die Bestimmung des § 10 absolut unannehmbar, wonach in Ermangelung einer Vereinbarung der Eltern das Kind nach beendetem zwölften Jahre über sein religiöses Bekenntniß

entscheiden soll. Das steht im Widerspruch zu allen sonstigen Vorschriften über die Aktionsfähigkeit Minderjähriger! (Sehr richtig! bei den Ntl.) Ebenso unannehmbar sind für uns die Bestimmungen über die rechtliche Stellung religiöser Genossenschaften und Gesellschaften. Ganz abgesehen davon, daß die betreffenden Best mmungen einen viel zu weitgehenden Eingriff in die Landesgesetzgebungen bedeuten würden, stehen wir auf dem Standpunkte, daß speziell die katholischen Religionsgenossenschaften zum großen Theile öffentliche Korporationen mit staatlichen Privilegien sind, denen die vollständige einseitige freie Regelung ihrer Verhältnisse auf der Grundlage des Vereinsgesetzes nicht überlassen werden kann; wir wünschen namentlich nicht," daß durch solche weitgehenden Bestimmungen der Propaganda ausländischer Gesellschaften Eingang verschafft wird, die nicht für ihre Kirche Propaganda machen, sondern auch für gewisse nationale Aspirationen. Dem Antrage auf Kommissionsberathung wollen wir nicht entgegentreten mit Rücksicht darauf, daß er von einer großen Partei gestellt worden ist, mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Materie und mit Rücksicht darauf, daß in der That in einzelnen Staaten Mißstände bestehen, deren Beseitigung auf dem Wege der Reichsgesetzgebung wenigstens angestrebt werden mag. (Be fall bei den Ntl.)

Abg. Richter (frs. Vp.): Der Herr Reichskanzler hat heute durch Abgabe seiner Erklärungen mit der Praxis gebrochen, daß die verbündeten Regierungen sich an der Berathung von Initiativanträgen nicht betheiligen. Das ist an sich mit Freuden zu begrüßen. Ich glaube als der Herr Präsident ihm das Wort ertheilte, da erwartete man allgemein, er wolle eine Erklärung abgeben wegen des Verhaltens der deutschen Regierung gegenüber dem Präsidenten Krüger. (Große Heiterkeit.) Gegen den Antrag selbst sind Einwendungen formeller und materieller Art gemacht worden. Die formellen Einwendungen halte ich für unberechtigt, theile also in diesen Beziehungen die Ansicht des Zentrums. Bei der Frage der Zuständigkeit des Reichs in dieser Frage kann man wohl sagen: rechter Hand, linker Hand, alles vertauscht. (Heiterkeit.) Früher war es das Zentrum, welches im Gegensatz zu den Nationalliberalen, bei jeder Gelegenheit den föderativen Charakter des Reichs betonte. Heute sind es die Nationalliberalen, die einer Erweiterung der Kompetenz der Reichsgesetzgebung zwar nicht grundsätzlich ablehnend gegenüberstehen, ihr aber doch gewisse Schwierigkeiten machen. In materieller Hinsicht mache ich einen scharfen Unterschied zwischen dem ersten und zweiten Abschnitt. Dem ersten Abschnitt stehen wir freundlich gegenüber. Dem § 1 stimmen wir völlig zu. Ich würde dem Zentrum rathen, sich auf den ersten Abschnitt für dieses Jahr zu beschränken. Wir erkennen in dem zweiten Abschnitt keine Toleranz, sondern eine Intoleranz gegen alle nicht anerkannten Religionsgesellschaften. Für die „nicht anerkannten" Religionsgeme nschaften würde es auch nach Annahme dieses Antrags absolut keine Bewegungsfreiheit geben — ja, sie würden, wie die freireligiösen Gemeinden, nicht einmal die Wohlthaten des Vereinsrechts genießen. (Sehr richtig! links.) Unser Programm geht dahin: Gleiches Recht für alle! Wir wollen keine Abhängigkeit von der Konzession der Obrigkeit, wir verlangen volle Vereinsfreiheit, wir verlangen, daß die juristische Persönlichkeit erworben werden kann, wir wollen keinerlei staatliche Zuwendungen für irgend eine Religionsgemeinschaft, wir wollen auch, daß die Religionsgemeinschaft ihre Thätigkeit auf kein Gebiet erstreckt, das der bürgerlichen Gemeinschaft vorbehalten bleiben muß. (Beifall links.)

Abg. Fürst Radziwill (Pole): Der Unterschied zwischen dogmatischer Toleranz und bürgerlicher Toleranz ist von den Vorrednern nicht genügend beachtet. Wir sehen in dem Antrag ein erfreuliches legislatorisches Vorgehen, einen Akt der Gerechtigkeit gegen die katholische Kirche. Daß die verbündeten Regierungen die Kompetenz des Reiches bestreiten würden, war vorauszusehen, ich schließe mich dem gegenüber den Ausführungen des Abg. Dr. Lieber voll an. Wir sehr in dem Antrag einen Beginn des Kampfes um die Freiheit der Ueberzeugung. Wir freuen uns dieses Kampfes nicht des Kampfes wegen, sondern wegen der hohen Ziele, um die es sich handelt. Wir bedauern, daß die Regierung dieses Ziel nicht anerkannt hat. Ich muß einen Artikel der „Posener Ztg." vom 2. Dezember erwähnen über die Art, wie die Staatsraison gewünscht wird. Es heißt dort, Deutschland wolle auch in religiösen Dingen keinen ausländischen Einflüssen folgen. Das schmeckt doch sehr nach der Los von Rom-Bewegung, die sich in Oesterreich angeblich gemacht hat. Solche Auffassungen würden nicht laut werden, wenn sie nicht typisch wären für die Kreise der Deutschen, die in Polen maßgebend sind und die von der preußischen Regierung bevorzugt werden. In dieser Beleuchtung nimmt sich auch der Kampf der preußischen Regierung gegen die Privatschulen, gegen den polnischen Religionsunterricht in den Schulen als eine Art Kulturkampf aus, der das polnische Volk aufs Höchste erbittert.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Ich möchte den Vorredner dringend bitten, die Regierung nicht verantwortlich zu machen für jenen Artikel der „Posener Ztg.". Auf die einzelnen Beschwerden über die Behandlung der polnischen Nationalität will ich nicht eingehen. Das will ich aber betonen, daß der Staat verpflichtet ist dafür zu sorgen, daß die Provinz dauernd in die Lage ist, ihre Aufgabe, die sie dem Gesammtstaate gegenüber hat, auch zu erfüllen.

Abg. Rickert (fr. Vgg.): Wir sind der Ansicht, daß in Posen kein Kampf gegen die katholische Religion stattfinden darf; es muß scharf zwischen der katholischen Religion und der polnischen Propaganda geschieden werden. (Beifall.) Was den Antrag Lieber anlangt, so freut es mich, daß die Angelegenheit auch einmal im Reiche zur Verhandlung kommt und daß das Zentrum betr. die Kompetenz der Reichsgesetzgebung eine Wandlung durchgemacht hat, die es hoffentlich verwundet bei anderen Gelegenheiten praktisch bethätigen wird. Wir müssen in der Kommission versuchen, die schreienden Mißstände, über die sich die Antragsteller mit Recht beschweren, zu beseitigen, und ich hoffe, daß trotz des Widerspruchs der Regierung aus der Kommission etwas Nützliches herauskommen wird. Abg. Stockmann (Rp.): Dem Grundgedanken und speziell dem § 1 stimmen auch wir vorbehaltlos bei. Gleichwohl werden wir uns über die Einbringung des Antrags, der im Widerspruch steht mit den geltenden rechtlichen Bestimmungen der katholischen Kirche, wie auch mit der praktischen Haltung der Ultramontanen dort, wo sie in der Mehrheit sind. Insofern begrüßen wir den Antrag, als wir von ihm erwarten, daß in gewissen Einzelstaaten Veranlassung genommen wird, eine Revision der veralteten kirchenpolitischen Gesetzgebung vorzunehmen. Auf der anderen Seite bedeutet der Antrag einen Eingriff in die Staatshoheit der Einzelstaaten. Wir haben aber auch deswegen Bedenken, weil das Zentrum stets die nationalen Interessen hinter den römisch-katholischen zurücktreten läßt, wenn beide im Gegensatz zu einander stehen. Ich verweise auf die Befürwortung polnischer Kandidaturen durch maßgebende Mitglieder des Zentrums. In Preußen würde das Zentrum mit dem Antrag mit einem Schlage die Aufhebung des Jesuitengesetzes erreichen. Dem widerstreben wir aber im Interesse des konfessionellen Friedens. Wenn wir auch nicht annehmen, daß unsere Bedenken in der Kommission beseitigt werden, so stimmen wir doch für Kommissionsberathung entsprechend dem Antrag einer großen und angesehenen Partei.

In weitstündiger Rede faßte Abg. Dr. Pichler (Zentr.) zum Schluß die Klagen zusammen, welche die Katholiken in den einzelnen Bundesstaaten gegen bestehende Mißstände erheben. (Wir werden diese Rede nachtragen. D. Red.).

Seine Schilderung der Verhältnisse veranlaßte die Bevollmächtigten zum Bundesrath von Sachsen, Mecklenburg und Braunschweig zu Erwiderungen, in denen sie ausführten, daß die alten Bestimmungen, die zu Klagen Veranlassung gäben, von den untern Organen hie und da zu scharf angewendet seien. Den wirklichen Bedürfnissen der Katholiken werde überall Rechnung getragen. Der Bevollmächtigte von Braunschweig erklärte noch besonders, daß seine Regierung die Aufhebung verschiedener der gerügten Bestimmungen beabsichtige. Die Ausführungen der Vertreter der verbündeten Regierungen wurden vom Zentrum vielfach mit lautem Gelächter aufgenommen, da sie von einer krassen Unkenntniß der katholischen Verhältnisse Zeugniß geben.

Die Diskussion schließt.

Nachdem noch Abg. Dr. Pichler (Zentr.) in einer persönlichen Bemerkung Ausführungen des mecklenburgischen Bundesbevollmächtigten berichtigt hatte, wurde der Antrag einer Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen. Hierauf vertagt sich das Haus.

Donnerstag 2 Uhr: Fortsetzung der Besprechung der Interpellation betreffend die Kohlenteuerung.

Schluß 7 Uhr.

Amtliches.

Die Regierungs-Assessoren Dr. Erbslöh und Richard Rötger zu Düsseldorf wurden zu Regierungsräthen ernannt.

Dem Fabrikbesitzer Hermann Busch in M.Gladbach wurde der Charakter als Kommerzienrath verliehen.

Deutschland.

: **Berlin**, 5. Dez. Der Brief der See-Berufsgenossenschaft, in welchem gesagt wird, daß die Unfallverhütungsvorschriften nur als Dekoration dienen, um den Behörden und der Oeffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen, trägt folgende Unterschriften: 1. C. Ferdinand Laeiß, 2. Direktor John Meyer (von der Hamburg-Amerika-Linie; jetzt verstorben), 3. J. F. Wessels, (Senator in Bremen, Vorsitzender im Aufsichtsrath des Instituts für Schiffsklassifikation — Germanischer Lloyd), 4. Adolf Schiff (in Elsfleth; „die Mannschaft ist leider gerettet"), 5. P. van Rensen (in Emden, Aufsichtsrath der Gesellschaft „Ems"), 6. Preuß, 7. Wilhelm Maack in Rostock. — Der Austritt des Abg. Frhrn. Heyl v. Herrnsheim aus der nationalliberalen Fraktion wird von dieser auffallend geheimnißvoll behandelt. Die „Nat.-Lib. Korr." erklärt: „Eine offizielle schriftliche Austrittserklärung des Abg. Frhrn. v. Heyl ist dem Vorstande der nationalliberalen Fraktion des Reichstags nicht zugegangen." Ein Berichterstatter will wissen, die eigentliche Veranlassung für die zwischen Frhrn. v. Heyl und der Fraktion hervorgetretenen Differenzen sei die von Frhrn. v. Heyl in Frankfurt a. M. gehaltene Schutzzollrede und die Art und Weise der Verbreitung derselben. — Der Legationssekretär der südafrikanischen Republik, Jonkheer van der Hoeven, hat heute Mittag 12 Uhr im Auftrage des Präsidenten Krüger einen Kranz am Sarge Kaiser Wilhelms I. im Mausoleum zu Charlottenburg niedergelegt. Die Schleife des Kranzes, welche in den Farben der südafrikanischen Republik angefertigt war, trug die Widmung „Dem unvergeßlichen Kaiser in dankbarer Erinnerung Präsident Krüger." — Ob General v. Liebert von seinem Posten als Gouverneur von Ostafrika zurücktreten wird, ist dem „Lok.-Anz." zufolge noch fraglich. Daß für den Fall seines Ausscheidens ein höherer Militär, der mit den Verhältnissen von Deutsch-Afrika genau vertraut ist, an die Stelle Lieberts werde berufen werden, dürfe selbstverständlich sein — Am künftigen Sonntag, Mittags 12 Uhr, wird der hochw. Bischof Dr. Schneider von Paderborn vom Kaiser und darauf von der Kaiserin im Neuen Palais zu Potsdam in Audienz empfangen und zur Tafel gezogen werden.

* **Ueber die Polengefahr** bringt die „Berl. Korr." heute einen Schlußartikel. Darin wird erklärt, daß die Regierung alles thun werde, um den Charakter des preußischen Staates als eines deutschen zu wahren. Ob sie an neue Maßregeln denkt, ist daraus nicht zu ersehen. Daß die bisherigen nur das Polenthum gestärkt haben, hat niemand so schlagend nachgewiesen, wie eben die „Berl. Korresp."

* **Paderborn**, 5. Dez. Bei der heute stattgehabten Reichstagsersatzwahl im Wahlkreise Paderborn-Büren wurde, wie das „Westf. Volksbl." meldet, bei schwacher Wahlbetheiligung Landrath von Savigny (Zentrum) gewählt. Ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt.

Der Aufstand der Boxer in China.

* Zur telegraphischen Berichterstattung vom Ostasiatischen Expeditionskorps schreibt der „Reichsanzeiger" mit Bezug auf die Rede des Reichstagsabg. Singer in der Reichstagssitzung vom 22. November: „Ueber Tod oder Verwundung von Offizieren und Mannschaften der in Ostasien befindlichen Truppentheile des Landheeres erfolgt in gleicher Weise wie über Angehörige von Marinetruppentheilen telegraphische Nachricht. Das Kommando des Ostasiatischen Expeditionskorps ist angewiesen, jeden Todesfall und jede Verwundung telegraphisch dem Kriegs-Ministerium mitzutheilen. Es wird dabei kein Unterschied gemacht, ob der Betreffende Offizier ist oder einen anderen Dienstgrad bekleidet, und es ist weiter auf das eingehendste Fürsorge getroffen, daß die Angehörigen sofort, sobald die Identität der als todt oder verwundet Gemeldeten feststeht, benachrichtigt werden. Die Bekanntgabe der Namen der Gefallenen, Gestorbenen und Verwundeten durch die Presse erfolgt erst dann, wenn die Angehörigen bereits in den Besitz der sie betreffenden Nachricht gelangt sind, und es ist demnach ausgeschlossen, daß der Tod oder die Verwundung einer zum Ostasiatischen Expeditionskorps gehörigen Person zuerst durch die Tagespresse zur Kenntniß der Angehörigen kommt."

* * *

* **Berlin**, 5. Dez. In einem Telegramm des Vizekönigs Li-Hung-Tschang an die hiesige chinesische Gesandtschaft, das von dieser dem Auswärtigen Amt unterbreitet worden ist, wird mitgetheilt, daß der neue Gouverneur Sihljang der Provinz Schansi, im Gegensatz zu seinem fremdenfeindlichen Vorgänger Yühsien, seit der vor zwei Monaten erfolgten Uebernahme seines Postens mit aller Strenge gegen die Boxer vorgehe, über 80 Anführer der Aufständischen habe öffentlich hinrichten lassen und die Missionare mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln schütze.

Feldmarschall Graf Waldersee meldet am 4. ds. aus Peking: In der Provinz Schansi sollen stärkere reguläre Truppen unter General Ma stehen und die Pässe im Gebirge an der Grenze von Tschili besetzt haben. — In Paotingfu hat beim Räumen eines Pulvermagazins eine Explosion stattgefunden; todt 1 Pionier, verwundet Leutnant Wolfgramm und 4 Pioniere.

* **London**, 5. Dez. Zur Ergänzung des Berichtes des Grafen Waldersee über die Kalgan-Expedition meldet eine Pekinger Drathung der „Times", die Expedition stieß nirgends auf Widerstand, sie fand alles Missionseigenthum von Peking bis zur Grenze zerstört vor. Die eingeborenen Christen sind fast ausgerottet. Gleichwohl wurde keine strengen Züchtigung als die Hinrichtung von drei kleinen Beamten verhängt, sowie Kontributionen an Fellen und Silber den Städten, die paßirt wurden, auferlegt. Die Expedition sei mithin ganz wirkungslos gewesen, und die Bevölkerung frohlocke, so leichten Kaufes davongekommen zu sein. Beweise wurden beigebracht, daß der englische Hauptmann Watts Jones acht Tagemärsche jenseits Kalgan nach viertägigen unmenschlichen Martern ermordet worden sei.

Der Krieg zwischen England und Transvaal.

* **Haag**, 5. Dez. In der Kammer erklärte der Ministerpräsident Pierson bei der allgemeinen Etatsberathung, er könne augenblicklich nicht den psychologischen Moment voraussehen, in welchem Holland eine schiedsgerichtliche Entscheidung im südafrikanischen Kriege würde vorschlagen können.

* **London**, 5. Dez. Die Abendblätter melden aus Pretoria vom 3. ds.: Es verlautet, daß die Kommandanten Erasmus und Viljoen bei Bronkhorst Spruit eingetroffen seien.

* **Grahamstown**, 5. Dez. Gestern früh entdeckte man, daß die Telegraphenlinie dicht bei der Stadt durchschnitten worden war. Es herrscht große Erregung.

Volkswirthschaftliches und Soziales.

* **Münster i. W.** 4. Dez. Der diesjährige Delegirtentag der katholischen Arbeitervereine wird hierselbst am 16. Dezember stattfinden. Auf dem Delegirtentag wird über gewerkschaftliche Organisationen und Unterrichtskurse gesprochen und über die Zusammenziehung der westdeutschen Arbeitervereine (Rheinland und Westfalen) zu einem Verbande Beschluß gefaßt werden.

Rheinland und Westfalen.

* **Koblenz**, 5. Dez. Der heute hier abgehaltene Genossenschaftstag des Verbandes ländlicher Genossenschaften (Köln) war sehr zahlreich besucht. Der Landwirthschaftsminister, der Oberpräsident, der Erzbischof von Köln und der Bischof von Trier sowie der Landeshauptmann hatten Vertreter gesandt. Ferner wohnten den Verhandlungen bei Frhr. v. Schorlemer, der Präsident der rheinischen Landwirthschaftskammer, Generalsuperintendent Umbeck, Dr. Heiligenstadt (Berlin) und die Abgg. Heusser (Jülpich) und Dr. Rügenberg (Bonn). Die Verhandlungen, auf die wir noch des Näheren zurückkommen werden, nahmen einen anregenden einmüthigen Verlauf.

* **Bielefeld**, 4. Dez. Für die hiesige Handwerkerkammer hat der Regierungspräsident bestimmt, daß als Maßstab für die Vertheilung der Kosten auf die Gemeinden die Zahl der Handwerksbetriebe unter Berücksichtigung der beschäftigten Gesellen, Lehrlinge und Arbeiter gelten soll. Für jeden Handwerksbetrieb kommt 1 M., für jeden Gesellen und Arbeiter 50 Pfg., für jeden Lehrling 25 Pfg. als Einheitssatz in Ansatz. Der Etat der Handwerkerkammer bestimmt, wieviel Prozent des Einheitssatzes in jedem Jahre erhoben werden. Von einer allgemeinen Bestimmung des Vertheilungsmaßstabes, nach dem die Gemeinden ermächtigt sind, ihre Kostenantheile auf die einzelnen Handwerksbetriebe umzulegen, ist einstweilen Abstand genommen. Will eine Gemeinde die Untervertheilung vornehmen, so hat sie bei den Regierungspräsidenten die Feststellung des Vertheilungsmaßstabes zu beantragen.

Gerichtszeitung.

* **Berlin**, 5. Dez. In der heutigen Verhandlung des Prozesses Sternberg richtete der Vertheidiger Dr. Werthauer die Frage, ob seine Akten Abschriften von Berichten enthielten, welche Kriminalkommissar Thiel zugestanden habe, als durch Luppa bestochene Beamter an Luppa erstattet zu haben. Thiel habe ein Geständniß hierüber abgelegt, aber die Summen stehe nicht fest. Thiel habe zugestanden, daß alle Behauptungen Stierstätters vom Genfer See u. s. w. wahr seien. Thiel glaube, daß eine Abschrift seiner Berichte auch Dr. Werthauer zugegangen sei. Darauf erklärt Dr. Werthauer solches sei gänzlich ausgeschlossen und unmöglich; er betonte daß er Thiel nicht kannte und schließt sich dem Antrage der Staatsanwaltschaft an, sofort eine genaue Durchsuchung bei Werthauer vorzunehmen. Der Gerichtshof lehnt die Durchsuchung als ungesetzlich ab.

Zur Schulfrage.

☐ **Vom Niederrhein**, 4. Dez. Welche Vorsicht bei den Katholiken geboten ist, wenn sie Verträge wegen der Erhaltung des konfessionellen Charakters der Schulen abschließen, dafür kann eine Aeußerung des Herrn Oberbürgermeisters Zweigert in Essen in der letzten Stadtverordneten-Versammlung gelegentlich der Berathung des Antrages auf Errichtung paritätischer Mittelschulen als Beleg dienen. Bei der Kommunalisirung der dortigen Volksschulen war die Erhaltung des konfessionellen Charakters vertragsmäßig festgelegt worden. Mit dem Hinweise darauf, daß die Mittelschulen im Grunde nichts anderes als gehobene Volksschulen seien und daß deshalb auch hier das Vertragsverhältniß wegen der konfessionellen Einrichtung in Frage komme, wurde von Seiten der katholischen Mitglieder die paritätische Gestaltung entschieden bekämpft. Daraufhin äußerte sich der Herr Oberbürgermeister Zweigert, welcher sich aus Opportunitätsgründen für die konfessionelle Einrichtung erklärt hatte, prinzipiell dahin: „Die erwähnten Verträge mit den Kirchengemeinden können eigentlich eine rechtliche Bedeutung nicht haben, weil man über das jus publicum einen Vertrag nicht abschließen kann. Irgend ein Rechtsanspruch existirt überhaupt nicht." Der Stadtverordnete Hirschland hatte unmittelbar vorher gesagt, er wolle nicht untersuchen, ob der mit den Kirchengemeinden abgeschlossene Vertrag für alle Zeiten gültig sein soll." Allerdings hat Fürst Bismarck gelegentlich einmal betont, er pflege nicht bei seinen Thaten über preußische Zwirnsfäden zu stolpern, aber wir meinen doch, was auf dem Gebiete der höheren Politik, wir erinnern nur an England und Transvaal, zuweilen geschieht, kann doch für das bürgerliche Leben nicht vorbildlich sein. Wie würde es dann auf die Dauer mit Treue und Glauben stehen? Wie allerdings liberale Mehrheiten auch sonst noch mit geschlossenen Verträgen umzuspringen pflegen, hat sich ja seiner Zeit bei dem Gymnasium in Bochum gezeigt. Als dort das katholische Progymnasium zu einem paritätischen Gymnasium erweitert wurde, legte man die Rechte beider Konfessionen in einem Statut fest. Hiernach hatte das Kuratorium und das Lehrpersonal je zur Hälfte aus Katholiken zu bestehen und mußte der Direktor alternirend der katholischen oder protestantischen Konfession angehören. Als die Protestanten die Herrschaft im Stadtverordnetenkollegium erlangt hatten, wurde dieses Statut und damit der paritätische Charakter des Gymnasiums beseitigt und nach erregtem Kampfe lediglich die Bestimmung gerettet, daß je ein katholischer und protestantischer Pfarrer geborene Mitglieder des Kuratoriums bleiben sollen. Das abgeänderte Statut unterlag der Genehmigung des Provinzial-Schulkollegiums; die Hoffnung, daß man hier ein besseres Verständniß für die Rechte der Katholiken haben würde, trog. Die Genehmigung ist ertheilt und sind damit die eingeleiteten Schritte zur vollständigen Protestantisirung der einst katholischen Anstalt getan.

Zu den Gewerbegerichtswahlen.

** **Krefeld**, 6. Dez. Für die am nächsten Montag stattfindende Wahl der Beisitzer für das Königl. Gewerbegericht aus dem Kreise der Arbeitgeber der Textilindustrie sind laut „K. Z." folgende Kandidaten aufgestellt: Georg von Beckerath (Appreturbesitzer), Alfred de Greiff, Wilh. Peiger und Fritz Seyffardt (Sammetwaaren-Fabrikanten), Hermann Thyssen (als Ersatzmann) und Emil Wilmsen (Seidenwaaren-Fabrikanten), endlich Gustav Düsselberg, Seidenwaarenfabrikant, als Ersatzmann.

Telegraphische Depeschen

der „Niederrheinischen Volkszeitung."

W **Berlin**, 6. Dez. Der „Lokalanzeiger" meldet zu dem Geständniß des Kommissars Thiel im Sternberg-Prozeß, daß Thiel aus sich selbst heraus erklärte, er wolle ein umfassendes Geständniß ablegen, um sein Herz zu erleichtern, nachdem ihm der Untersuchungsrichter ernstlich ins Gewissen geredet da te.

Präsident Krüger in Köln.

W **Köln**, 6. Dez. Präsident Krüger ist heute Vormittag 9 Uhr 47 Min. mit einem Sonderzug nach dem Haag abgereist. Er wurde vor und auf dem Bahnhof von dem zahlreich versammelten Publikum lebhaft begrüßt.

Stadtbäder I und II.

Besucherzahl vom November.

	Stadtbad I.						Stadtbad II.							
	1898			1899			1900			1900				
	m.	w.	Sa.	m.	w.	Sa.	m.	w.	Sa.	m.	w.	Sa.	Summe	
Schwimmbad	7490	3538	11038	7921	3570	11491	7967	3200	11067	—	—	—	1381	13720
Volksbad	1689	541	2230	1958	560	2518	1418	391	1809	—	—	—	232	4041
Wolfsschlucht	2153	—	2153	2610	—	2610	2206	—	2206	695	—	695	695	5406
Brausebad	2081	553	2634	2374	545	2919	2796	599	3395	2205	533	2738	2738	9072
Wannenbad	1418	1007	2425	1626	1112	2738	1559	1099	2658	134	153	287	287	5683
Kohlens. Bad	18	50	68	26	35	61	14	27	41	—	—	—	—	109
Röm.-ir. Bad	265	34	299	284	26	310	299	—	299	—	—	—	—	609
Summe	15034	5743	20777	16564	5848	22602	16549	5353	21902	3034	686	3720	5333	49532

Vermischtes.

* Mark Twain im Kampfe gegen die Droschkenkutscher. Mark Twain erschien, so wird aus New-York berichtet, am letzten Donnerstag in der neuen Rolle als öffentlicher Reformator. Er hatte nämlich den New-Yorker Droschkenkutscher William Beck wegen Uebertheuerung verklagt. Wie überall, so herrscht auch in New-York große Unzufriedenheit mit den Droschkenkutschern, aber die New-Yorker hatten sich bisher auch den übertriebensten Erpressungen der Droschkenkutscher unterworfen, ohne ernstlich dagegen zu protestiren. Die billigste Fahrt kostet 4 M. und häufig muß man 8—10 M. für eine Fahrt von drei Kilometern bezahlen, denn die Droschkenkutscher scheinen die Preise ganz nach Belieben zu normiren. Da Mark Twain um 2 M. übertheuert wurde, beschloß er ein Exempel zu statuiren. Sein Erscheinen zusammen mit den Droschkenkutschern im Bureau des Mayors zog natürlich sehr viele Zuschauer an, die erwarteten, zwergfellerschütternde Witze von dem Humoristen zu hören; auch viele Zeitungsberichterstatter und Künstler waren anwesend. Mr. Clemens beschrieb in seiner gewöhnlichen witzigen Manier wie der Kutscher 6 M. für eine Fahrt gefordert hätte, die mit 4 M. theuer bezahlt war, und wie er auf seine Vorstellungen hin beleidigend geworden wäre. Das stieß dem Faß den Boden aus; Clemens merkte sich seine Nummer, um ihn zu verklagen. „Beck war nicht besser als ein Seeräuber", meinte er. Seine beißenden, ironischen Ausfälle unterhielten die Zuschauer natürlich sehr. Da Beck keine Rechtfertigung für sein Verhalten vorbringen konnte, wurde ihm die Konzession entzogen der City Marshal ertheilte dem Gesellschaftsretter noch obendrein ein öffentliches Lob, indem er sagte, wenn noch einige Bürger wie Mr. Clemens wären, dann könnte man in New-York behaglicher leben. Als der Humorist den Saal verließ, schüttelten ihm viele Leute die Hand und beglückwünschten ihn herzlich. Becks Bestrafung hat bei den New-Yorker Droschkenkutschern große Bestürzung erregt; vielleicht lassen sie sich wirklich durch Mark Twains Kampf gegen sie zur Raison bringen.

* Eine Statistik der Krebskrankheit. Eine Zählung sämmtlicher Krebskranken im deutschen Reiche ist auf Anregung eines Komitees, an dessen Spitze die Geh. Räthe v. Leyden und Kirchner und Dr. George Meyer stehen, am 15. Oktober vorgenommen worden. Wie Herr v. Leyden in der letzten Sitzung des Vereins für innere Medizin mittheilte, hat von 28,000 Aerzten etwa die Hälfte auf die zugesandten Fragebogen geantwortet, und zwar 8893 Aerzte in Preußen und 5584 in den übrigen Theilen des deutschen Reiches. Im Ganzen wurden 11,246 Fälle von Krebs gezählt; davon entfielen 6321 auf Preußen und 4925 auf das übrige Reich. Die meisten Fälle lieferte die Rheinprovinz mit 1141; in Berlin wurden 719 Krebsfälle festgestellt. Das vorliegende Material soll nunmehr statistisch bearbeitet werden.

Lokales.

** **Krefeld**, 6. Dez. Jetzt, nachdem die Genehmigung zu dem Bau einer katholischen Kirche am Inrath ertheilt worden ist, kann der Verein, welcher sich zum Zwecke der Ausschmückung dieser Kirche früher schon gebildet hatte, seine Thätigkeit in größerem Umfange aufnehmen. Der Verein wird sich daher jetzt auf's Neue konstituiren und seine Statuten zweckentsprechend ausbauen. Aus diesem Grunde werden die Katholiken des nördlichen Stadttheiles zu einer Versammlung auf Sonntag, den 9. Dezember, eingeladen, welche im Saale des Herrn Adam Schlösser, Hülserstraße 24, stattfinden soll. (Vergl. Anzeigentheil. D. R.)

† **Krefeld**, 6. Dez. „Laßt uns froh und munter sein und uns herz' im Herrn erfreu'n!" Dieses bekannte Kinderliedchen hörten wir gestern Abend überall von hellen Kinderstimmen erschallen, und es erinnerte uns daran, daß St. Nikolaus-Abend da sei. Seit Wochen waren ja schon die lieben Kleinen in Spannung und heute Morgen endlich ward das Sehnen der kindlichen Seelen erfüllt: Der liebe Heilige, St. Nikolaus, der Gabenspender, hatte seinen Besuch gemacht und viel des Nützlichen beschceert. Lauter Jubel herrschte in den frühesten Morgenstunden in den Wohnungen, ganz besonders auf jenen Straßen, in denen mit Kindern gesegnete Familien wohnen. Welche Verwunderung, als die Kleinen Nachschau hielten und dann entdeckten, daß das Heu und Brod, welches sie für das Roß des großen Kinderfreundes zurecht gestellt, thatsächlich verschwunden war. Mit freudestrahlendem Gesichte schauen die Kinder zu Vater und Mutter auf, sie danken den theuren Eltern und geloben, stets brave und gehorsame Kinder zu sein und den heiligen Nikolaus so recht zu verehren. Der Eltern Gedanken aber eilen zurück in die Vergangenheit, sie leben noch einmal auf in freudiger Erinnerung an jene Zeit, in der andere für sie den Gabentisch deckten. Der St. Nikolaustag ist noch ein Stück rechter Volkspoesie. Möge diese schöne Sitte uns noch recht lange erhalten bleiben!

* **Krefeld**, 4. Dez. **Nachweis der Bevölkerungsvorgänge** von Sonntag, 25. November bis Samstag, 1. Dezember 1900, 48. Jahreswoche. Lebendgeborene der (der Berichtswoche) vorangegangenen Woche: 21 männliche, 29 weibliche, insgesammt 50. Todtgeborene der (der Berichtswoche) vorangegangenen Woche — männliche, 2 weibliche, insgesammt 2. Gestorbene (ausschließlich Todtgeborene) 10 männliche, 12 weibliche, insgesammt 22; darunter Kinder im Alter von 0—1 Jahr 5 ehelich, 1 außereheliche geborene. Verhältnißzahl der Gestorbenen auf 1 Jahr und 1000 Einwohner: **10,5**. Todesursachen: Masern und Röthein 2, Scharlach —, Diphtherie und Croup —, Unterleibstyphus inkl. gastrisches und Nervenfieber 3, akute Darmkrankheiten, einschließlich Brechdurchfall 1, darunter 0. Brechdurchfall aller Altersklassen 1, d. Brechdurchfall von Kindern bis zu 1 Jahr 1, Lungenschwindsucht 1, akute Erkrankungen der Athmungsorgane 2, alle übrigen Krankheiten 13, gewaltsamer Tod 0. Verunglückung oder nicht näher festgestellte gewaltsame Einwirkung —, d. Selbstmord —.

* **Krefeld**, 6. Dez. **Polizei-Bericht** vom 5—Dez. Wegen Trunkenheit resp. Verübung groben Unfugs wurden 2 Mann in Polizeigewahrsam genommen. — Durch die Ausschachtungsarbeiten zur Anlegung einer Klärgrube an dem Fabrikgebäude von C. A. Kötgen stürzte durch das Ausrutschen des Erdreichs unter der Absteifung die Giebelmauer ein und wurden hierdurch 4 Mauer verschüttet. Da die Steinmassen durch die Absteifung noch zurückgehalten wurden, konnten sich die Verschütteten gegenseitig herausarbeiten. Zwei Mann, welche leicht verletzt waren, wurden sofort von Angestellten der Fabrik mit einem Nothverbande versehen. — Durch Umfallen einer Petroleumlampe zog sich eine Frauensperson schwere Brandwunden zu. Dieselbe wurde durch Mannschaften der Berufsfeuerwehr ins städtische Krankenhaus gebracht. — Auf dem Fundamte wurden abgegeben: 2 kleine Gebetbücher, 1 Löffel, 1 Gabel, 1 Tischmesser, 1 Medaillon, 1 Brosche und 1 Schreibzeug.

Rheinland und Westfalen.

n **Viersen**, 5. Dez. Die diesjährige Herbstkonferenz für den Inspektionsbezirk M.Gladbach fand gestern Nachmittag im Hotel Kothen daselbst statt. Derselben wohnte Herr Regierungs- und Schulrath Dr. Lüneborg bei. Herr Lehrer Hubert Füßer hielt einen Vortrag über den Knaben-Handfertigkeits-Unterricht. Redner betonte, daß es sich nicht darum handle, diesen Gegenstand als Unterrichtsfach in die Volksschule aufzunehmen, sondern daß die Bestrebungen lediglich dahin gingen, freie Schülerwerkstätten neben der Schule an freien Nachmittagen zu errichten. Redner zeigt, wie schon ältere Pädagogen an Erziehungsanstalten 2c. dieses Fach mit in den Plan des Unterrichtes hineingezogen haben. In Berlin und Leipzig bestehen Vereine für Handfertigkeitsunterricht. In den Fachkursen des Leipziger Vereins wurden 2200 Lehrer ausgebildet. Redner gibt dann Aufschluß über Ziel, Zweck und Methode. Der Unterricht bewirkt: Bildung der Körper- und Geistesskräfte, Charakterbildung, soziale Ausgleichung und ist von großer, volkswirthschaftlicher Bedeutung. Die Ausführungen fanden großen Beifall und führten zu einer anregenden Besprechung. Herr Regierungs- und Schulrath Lüneborg betonte die große Bedeutung dieses Unterrichtszweiges, selbstverständlich außerhalb der Schule, und ersuchte, die weitere Verbreitung zu fördern und selbst zu betreiben. Nach einigen amtlichen Mittheilungen beginnen die Verhandlungen über die Ausdreitung der Sterbekasse der Lehrer und Lehrerinnen M.Gladbach Stadt und Land auf den ganzen Inspektionsbezirk des Kreises M.Gladbach. Zweck der Kasse ist, den Erben eines Verstorbenen eine einmalige Unterstützung zuzuwenden. Die nächste Konferenz findet im Frühjahre statt.

* **M.Gladbach**, 5. Dez. Die Stadtverordneten haben jüngst die Schaffung der Stelle eines Stadtgärtners beschlossen, der die Gartenarbeiten im Kaiserpark, im Volksgarten und Stadtgarten, sowie auf dem alten und dem neuen städt. Friedhofe einheitlich leiten soll. Nunmehr ist der Obergärtner Hartrath aus Wiesbaden als Stadtgärtner angestellt worden.

§ **M.Gladbach**, 5. Dez. Im hiesigen Franziskanerkloster erschien gestern eine Dame, die sich Jansen, Inhaberin eines Parlamentengeschäfts in Kevelaer nannte und brachte die Nachricht, daß ein ungenannter Wohlthäter für 2000 M. üb rgeben habe, um Paramente für die Klosterkirche anzuschaffen. Sie wollte nun nachsehen, was an Paramenten nothwendig sei. Schließlich bat sie um ein Darlehen, da sie in der Stadt Einkäufe gemacht und nicht genügend Reisegeld mehr besitze. Da diese Schwindelei in letzter Zeit an anderen Stellen mehrfach vorgekommen ist, was im Kloster bekannt war, so wurde die „Dame" festgehalten und die Polizei benachrichtigt, welche sie dann verhaftete. Die Schwindlerin heißt in Wirklichkeit Darins.

* **Barmen**, 5. Dez. Die Stadtverordneten beschäftigten sich gestern mit der Frage der Beschäftigung Arbeitsloser. Zur Zeit sind hier 339 Personen ohne Arbeit. Der Oberbürgermeister hielt ein Eingreifen der Gemeinde noch nicht für geboten und erklärte sich auch gegen Schaffung einer sozialen Kommission. Es sollen weitere Ermittelungen angestellt werden.

* **Kreuznach**, 5. Dez. In der Sitzung der Stadtverordneten theilte Bürgermeister Kirschstein die Nichtbestätigung des Beigeordneten Salomon mit, die ihm durch den Regierungspräsidenten am 22. November mitgetheilt worden sei. Der allerhöchste Erlaß sei datirt Bad Homburg, 19. Oktober, also genau ein Jahr nach der Wahl Salomons und fuße sich auf einen Bericht des Ministers des Innern vom 9. Oktober. Der Bürgermeister fügte hinzu, daß man sowohl in Bezug auf die Persönlichkeit Salomons als auch auf dessen Leistungen als Beamter die allerbesten Auskünfte erhalten habe und daß Salomon noch im Jahre 1899 als wiedergewählter Bürgermeister von Schlüchtern vom Oberpräsidenten Grafen Zedlitz-Trützschler ohne Weiteres bestätigt worden sei. Der Grund der auffallenden Verzögerung der königlichen Entscheidung sei darin zu suchen, daß der Vater Salomons, der frühere Hofopernsänger Salomon, beim Kaiser im Rehabilitirung seines Sohnes vorstellig geworden sei, der darauf im Mai dieses Jahres auf dem Gnadenwege in die Kategorie der mit schlichtem Abschied entlassenen Offiziere zurückversetzt wurde. Trotzdem wurde die allerhöchste Bestätigung versagt. Bürgermeister Kirschstein betonte noch, es verbiete sich von selbst, die vom Minister des Innern für die Nichtbestätigung geltend gemachten Gründe zu erörtern, das Bestätigungsrecht der Krone anzuzweifeln oder in die politische Seite der Frage einzugehen. Die Versammlung nahm ohne Erörterung eine Resolution an, in der das Bedauern ausgedrückt wird, daß die Stadt auf die Dienste einer so tüchtigen und gut empfohlenen Kraft verzichten müsse, und zur Tagesordnung übergegangen wird. Zugleich wurde die Wiederausschreibung der Stelle beschlossen.

Deutsche Kulturarbeit in Kleinasien.

** **Krefeld**, 6. Dez. Ueber „Deutsche Kulturarbeit in Kleinasien" hielt gestern Abend im oberen Saale der Stadthalle auf Einladung der „Deutschen Kolonialgesellschaft" der Forschungsreisende Herr Dr. Hugo Grothe einen sehr interessanten Vortrag. — Kein Land hat der Umwälzungen so viele über sich hereinbrechen sehen — so etwa führt der Redner aus — als Kleinasien, das ehemals die Völkerbrücke zwischen Mitteleuropa und Asien bildete. Jahrhundertelang lag es in Erstarrung, nun aber ist der Zeitpunkt gekommen, an dem Kleinasien sich wieder einen Platz in der Reihe der Kulturländer gewinnt. Welche Schritte hat nun Deutschland gethan, um neues Blut in die Adern Kleinasiens zu leiten und welche wirthschaftliche Mission vermag es in Zukunft für jene Gebiete zu erfüllen? Der ganze kleinasiatische Ländercomplex, der sich, Europa zugerichtet, an Asien angliedert, ist so groß wie Frankreich. Die plastische Physiognomie ist die eines Hügel- und Berglandes. Die Bevölkerung ist gemischt und besteht aus Griechen, Armeniern, Türken, Tscherkessen und Tartaren. Das türkische Element herrscht vor und zwar findet man meist in Folge Vermischung mit den Ureinwohnern kräftige Männergestalten, die in ihrem Aeußern mehr an Germanen erinnern, gesellt sich aber der mongolischen Rasse nähern. Der Türke besitzt ein gut Theil Redlichkeit und Biederssinn und unberechtigt ist der Vorwurf der wirthschaftlichen Trägheit und Indolenz. Er baut getreulich seinen Acker, aber mit derselben Unbeholfenheit, wie seine Vorfahren. Die erste Berührung zwischen Kleinasien und dem Germanenthum datirt ungefähr ins 8. Jahrhundert vor Christi, dann später in die Zeit der Kreuzzüge. Mit dem Anfang dieses Jahrhunderts nun erwachte die Liebe der Archäologen zu dem klassischen Boden Kleinasiens und ein Deutscher war es, der die hellenische Wunderwelt kleinasiens erschloß; es war Heinrich Schliemann. Das jüngste Moment, das uns mit Kleinasien verbindet, ist die Schaffung von Bahnlinien durch deutsches Kapital und deutsche Ingenieure. Wenn die türkische Regierung sich herbeiließ, die sogenannte anatolische Eisenbahn, die Gründung einer Gesellschaft, der dette publique zu konzessioniren, so war vorwiegend die Erwägung maßgebend, das gute Soldatenmaterial, das der anatolische Bauer liefert, auf dem schnellsten Wege nach Konstantinopel befördern zu können. Schon im Jahre 1872 machte man mit der Bahn den Anfang, aber erst im Jahre 1888 erhielt Siemens die Konzession zur Weiterführung der Bahn in das Innere bis nach Angora. Im Jahre 1892 wurde die Linie, die eine Länge von 577 Kilometer — etwa von Berlin nach Köln — umfaßt, fertiggestellt. Im Jahre 1893 ertheilte die Regierung neue Konzessionen, so daß die anatolische Eisenbahn heute 1050 Kilometer befährt. Wenn man anfangs von der Türkei Garantieen verlangte, so ist das heute nicht mehr nöthig. Sehr vielen Vortheil am Bau der Bahn aber hatte die deutsche Industrie, sind ihr doch 70 Proz. der Gesammtkosten zu Gute gekommen, da fast alles Material in Deutschland hergestellt wurde. — Redner schilderte nun alle die Landstrecken, welche die Bahn durchquert, die er selbst in den Jahren 1894—1896 bereist hat, benannte einzelne an der Bahn belegene Städte, so u. a. Gerede, das insofern die Krefelder interessirt, als Sultan Abdal Hamid dort nach dem Muster von Lyon einige Seidenfabriken errichten ließ. An der Strecke der anatolischen Bahn wechseln blühende Ansiedelungen mit Weideristen und romantischen Wäldern ab. In den tiefer gelegenen Ansiedelungen trifft man auch Deutsche an, namentlich Schwaben, die dort den Weinbau pflegen, während in den Wäldern die Tscherkessen hausen, die zwar ein recht sympathisches, ja ritterliches Wesen haben, aber fast nur vom Raube leben. (Von ritterlichem Wesen bemerkt man bei Tscherkessenstrupps, die oft Deutschland bereisen, doch herzlich wenig. D. Red.) Geradezu bewunderungswerth ist es, was die Ingenieure bei dem Bau in der Ueberwindung der natürlichen Schwierigkeiten leisteten, namentlich durch kühne Brückenbauten. Redner gab dann eine Schilderung des weniger fruchtbaren Hochlandes, auf dem u. a. Eskischehr, die Stadt der Meerschaumgruben, liegt. Der Meerschaumhandel ist vorwiegend in deutschen Händen. — In welchem Umfange könnte nun die deutsche Kolonisation in Kleinasien in die Wege geleitet werden? Die Natur fordert dazu heraus. Schon Moltke sagte darüber: „Wie viele Naturkräfte liegen in Kleinasien noch unbenutzt!" Alle Gelehrten, die Kleinasien zu bereisen Gelegenheit hatten, haben sich für einen Kolonisationsplan erwärmt und es handelt sich dabei nicht um phantastische Gedanken einzelner schwärmer. Nicht der Ackerbau allein würde lohnenden Erwerb finden, sondern sicher auch industrielle Unternehmungen, wie Getreidemühlen, Seidenspinnereien 2c. Gebiet, geeignet für Ansiedelungen ist vorhanden, umfaßt doch die Interessensphäre der anatolischen Eisenbahn, deren Stationsvorsteher Deutsche und Oesterreicher sind, 60 Quadratkilometer. Am besten ließe sich die Kolonisation durchführen durch korporative Organisation. Der Weg des europäischen Handels geht im kommenden Jahrhundert entschieden nach den kulturfähigen Ländermassen des Ostens. Dazu wird insbesondere eine Weiterführung der anatolischen Bahn nach dem persischen Meerbusen beitragen. Die Unterhandlungen zur Erlangung der Konzession sind im Gange, aber dabei spielen Intriguen Englands und Rußlands eine Rolle, welches letztere sich nicht der Befürchtung verschließt, daß nach Vollendung der Strecke bis zum persischen Meerbusen die Türkei im Stande wäre, seiner Ländergier durch rasch entgegengeführte Truppenmassen Einhalt zu thun. Wollen die deutschen Unternehmer rasch die Konzession in Händen haben, so müssen sie sich zur Spendung eines Baschsisch (Trinkgeldes) verstehen, für das die türkischen Minister äußerst empfänglich sind. Daß die deutsche Ansiedelung von Erfolg begleitet sein wird, geht auch aus der Thatsache hervor, daß schon jetzt in Transkaukasien 30 deutsche Dörfer sind, in denen über 1000 deutsche Familien, meist Schwaben, wohnen. — Herr Dr. Grothe schloß seinen Vortrag mit dem Wunsche, daß man rechtzeitig und zielbewußt den Ausbau deutscher Macht im Orient beginnen möge, könnten wir selbst noch nicht dadurch Vortheile genießen, so doch sicher unsere Nachkommen. — Der Beifall, der dem Redner für seine hochinteressanten Ausführungen gespendet wurde, war ein recht herzlicher — leider kann er nur von einer ganz verschwindend kleinen Zuhörerschaar. Es war sicherlich verfehlt, auf Nikolausabend einen solchen Vortrag anzusetzen, wußte man sich doch sagen, daß bei der Sitte der Nikolausbescheerung mancher, der dem Vortrage gerne beigewohnt hätte, lieber zu Hause blieb. Es ist überhaupt verkehrt, kurz vor dem Weihnachtsfest derartige Vorträge abzuhalten; die Geschäftswelt ist in diesen Tagen in ganz außerordentlichem Maße in Anspruch genommen und sie stellt doch in Krefeld das Hauptkontingent aller Interessenten.

Wetternachrichten.

(Eigener Drahtbericht der „Niederrh. Volksztg.")

— **Hamburg**, 6. Dez. Der höchste Luftdruck liegt über Südwesteuropa, ein Minimum unter 745 mm über Mitteldeutschland abwärts fortschreitend. In Deutschland ist es regnerisch und sehr mild, im Süden herrscht Weststurm. Mildes Wetter und Niederschläge wahrscheinlich.

Handel und Verkehr.

Berlin, 5. Dezember 1900.

Wechselkurse.

Wien	8 Tage	84.90 G.	Kopenhagen	8 Tage	112.15 B.
	2 Monate	84.30 G.	Petersburg	8 Tage	216.70 G.
Madrid	14 Tage	81.05 G.		60 Tage	214.70 G.
	60 Tage	—,—	Warschau	8 Tage	216.10 G.

Weitere Wechselpreise siehe Börsen-Telegramm in der gestrigen Abend-Ausgabe.

Ausländische Wechselpreise.

* Antwerpen, 5. Dez. Deutsche Bankplätze ℔ 122.90. London ℔ 0.00. Check London, Mittelkurs 25.12½16. Check Paris 100.10 G. 100.22½ Fr. Auszahlung Deutschland (Reichsbk.-Giro) 122.90. Deutschland 3 Mt. 123.05. Privat-Wechseldiskont 3½ Proz.

* Wien, 5. Dez. Deutsche Plätze 117.62. Silberkoupons 117.65.

* Rom, 5. Dez. Wechsel auf Berlin 129.72.

* Mailand, 4. Dez. Wechsel auf deutsche Plätze lang. 129.65. auf Paris lang 105.60.

* Paris, 5. Dez. Deutsche Plätze 121½.

* Lissabon, 5. Dez. Wechsel Paris 753.40. Gold-Aufgeld 37.50.

* London, 4. Jan. Deutsche Bankplätze 20.68. Wien 12.37. Petersburg 24½. Paris 25.31.

Seide.

* Krefeld, 5. Dez. Bericht der Seidentrocknungs-Anstalt. Es sind heute zur Kondition gekommen: 32 Ncs. 1744 Kilogr. Vom 1.—5. Dez. 75 Ncs. 5465 Kilogr. Total: 107 Ncs. 7209 Kilog.

Niederrheinische Kredit-Anstalt

Kom.-Ges. a. Aktien — Peters & Co.

Grundkapital M. 21,000,000. Krefeld, 4. Dez.

Rücklagen ca. M. 4,000,000.

Wechsel.			Brief	Geld	Geld-Sorte	Reinh.
Amsterdam, Rotterdam	100 Gulden	k. S.	169.40	169.00	Souvereigns	20.37
		2 M.	—	—	englische Noten	20.37
Antwerpen, Brüssel	100 Frc.	k. S.	81.45	81.15	20-Frc.-Stücke	16.18
		2 M.	—	—	5-Frc.-Stücke	4.06
Dänemark	1 ℔	k. S.	20.43	20.39	holländ. Noten	1.69
do.	1 ℔	2 M.	—	20.19	englische „	16.90
Paris	100 Frc.	k. S.	81.55	81.25	französische „	16.20
do.	100 Frc.	2 M.	—	80.95	belgische „	16.20
Italien. Plätze		k. S.	77.35	76.75	amerikan. Gold „	4.17
do.		2 M.	—	—	österreich. „	84.75
Schweiz. Pl.	100 Frc.	k. S.	81.15	80.85	schweizer „	80.50

Unentgeltliche Entgegennahme von Zahlungen auf alle zur Ausgabe gelangenden Aktien, Staats- u. andere Papiere.

Annahme von Depots unter eigenem Verschluss des Besitzers: „Safes".

Detaillirte Auskunft über alle Werthpapiere.

Verwaltung von Werthpapieren, Dokumenten aller Art und **Aufbewahrung von Werthgegenständen.**

Kostenlose Einlösung sämmtl. Kupons u. Dividendenscheine

Kontrole der Auslosung.

Wir nehmen in jeder Höhe Spareinlagen an mit Verzinsung bis auf Weiteres bei neunmonatlicher Kündigung „zu 4½ Proz., bei sechsmonatlicher Kündigung zu 4 Proz., bei dreimonatlicher Kündigung zu 3½ Proz., bei einmonatlicher Kündigung zu 3 Proz., bei täglicher Kündigung zu 2½ Proz. Die Verzinsung beginnt mit dem auf die Einzahlung folgenden Werktag.

Ankauf guter Geschäftswechsel, Eröffnung laufender Rechnungen u. Check-Konti, An- u. Verkauf von Devisen, sowie Besorgung aller sonstigen in das Bankfach schlagenden Geschäfte.

An- und Verkauf von Werthpapieren zu vortheilhafter Bedingungen.

Fast alle 3½% und 4% Pfandbriefe erstklassiger deutschen Hypothekenbanken erlassen wir zum Berliner Tagescurse **frei von allen Spesen. — Geldwechsel.**

Viehmärkte.

⊤ Ritzerfeld, 5. Dez. Auf dem heutigen Schweinemarkt waren 210 junge Schweine angeführt, die bei sehr starker Nachfrage zu einem Preise von 23 M. die Mittelmarke schnellstens verkauft wurden. Nächster Markt: Mittwoch, 2. Januar.

Früchte- und Viktualienmärkte.

< Neuß, 5. Dez. Produktenmarkt. In Getreide und Mehl ist das Geschäft ausserordentlich still bei unveränderten Preisen. Die Zufuhren an Landmaare sind etwas stärker geworden, jedoch meist Waare von geringer Qualität, vermuthlich aus Baumwollbaugebiet ist bei schwächerer Nachfrage billiger im Preise.

* Neuß, 5. Dez. Getreide. Weizen 1. Qual. 16.20, 2. 14.50, 3. 13.50 M., Roggen 1. Qual. 13.90, 2. 12.50, 3. 11.50 M., Hafer 15.00, Kartoffeln 2.30—3.00, Heu 3.40—3.90, Haferstroh 4.40 M. die 50 Kilo Maschinenstroh 15.00, Erbsen (Futterbohnen) 18.00 M. die 500 Kilo. Rüböl per 100 Kilo in Partien von 100 Ztr. (ohne Faß) 65.25 M., Rüböl per 100 Kilo in Partien unter 100 Ztr. (ohne Faß) 65.75 M., gereinigter Del per 100 Kilo 3 M. höher als Rüböl. Petroleum per 100 Kilo 10.00 M. Fiete per 50 Kilo 5.30 M. Butter 2.40 M. das Kilo, Eier 90 Stück 2.50 M. — Neuer Hafer 1. Qual. 12.50, 2. Qual. 11.50 M.

* Köln, 5. Dez. Rüböl Part. von 5000 Kil. 69.00 B., Okt. 66.50 B. 66.00 B.

* Köln, 5. Dez. Fruchtmarkt. Preisfestsetzungen gemäß § 11 der Fruchtmarkt-Ordnung. Weizen 0. Roggen 00. Hafer 13.30—13.40, Heu 8.00—9.40, Kleestroh 4.40, Strauchstroh 2.20, Maschinenstroh (Roggen) 3.80 M. pro 100 Kilo.

* Magdeburg, 5. Dez. Zuckerbericht. 88° 10.40—10.55, 75° 8.30—8.50. Kristallzucker I 27.92½, Brodraffinade I 27.97½, gem. Raffin. mit Faß 27.97½, gem. Melis I mit Faß 27.47½ bez. 00.00. Rohzucker I Produkt Transito f. a. B. Hamburg Dez. 9.65 Gd., 9.87½ Br., Jan. 9.92½ Gd. 9.97½ Br., März 10.07½ Gd. 10.10 Br., Mai 10.20 Gd. 10.17½ bez., Aug. 10.40 Gd. 10.42½ Br.

* Bremen 5. Dez. Petroleum unver. 6.85 Br.

* Hamburg, 5. Dez. Kaffee Santos Dez. 41.75, März 42.25, Mai 42.75, Juli 43.00 Frc. Rohzucker vom 4. Dez. 10 Uhr 4000 Sack Santos 27.000 B.

Meteor. Station Krefeld (Kgl. Fürbereischule) 6. Dez.

Barom. reduz.	Wind	Bew.	Regen (24 St.)	Temperatur Cels.	Temperatur Reaum.	Grad Reaum.
748⁴	W	10	5⁷	10° 8°	maximum	W 8
748⁵	W	10	—	10° 8°	10° 8°	W 8
745⁶	W	10	—	9° 7°	minimum	W 9
748⁵	W	10	—	9° 7°	7° 6°	W 9

Temperatur-Minimum in vergangener Nacht 9° Cels. (7° Reaum.)

Die Beobachtungen beziehen sich auf die Zeiten: 7 Uhr Morgens, 2 Uhr Nachmittags, 9 Uhr Abends des vorhergehenden und 7 Uhr Morgens desselben Tages.

Für den Inseraten- und Reclametheil verantwortlich: J. Keller.

Das erste und das zweite Blatt der Sonntagsnummer und Nro. 25 des „Familienfreundes" bilden die nächste Ausgabe der „Niederrheinischen Volkszeitung".

Ziehung heute
und folgende Tage.
Noch einige Loose der Weimar-Lotterie à 1 Mark
Berliner Rothe Kreuz-Loose à 3.30 Mark.
Ziehung 17. Dezember.
Paul Hellenthal,
Königstraße 117.
Zigarren- und Lotteriegeschäft

Große Treibjagd schwerer
Hasen
eingetroffen, welche bestens empfehlen
Geschw. Schlinkes,
Burgstr. 13, Telephon 1924.

Von einem Fachmanne zur Uebernahme eines sehr guten im Aufblühen befindlichen Geschäftes
stillen Theilhaber mit 15,000 Mark gesucht.
Gefl. Offerten unter R. 8153 an die Geschäftsstelle dss. Blattes erbeten.

Katholisches Fräulein,
welches längere Jahre in einem Geschäft thätig war,
sucht Stelle
als Verkäuferin, möglichst als alleinige Angestellte. Off. unt. A.V. 8169 an die Geschäftsst. d. Bl.


Ein schönes, kräftiges, 1½jähr.
Stutfohlen,
braun, ohne Abzeichen, Abstammung Königl. Gestütshengst „Nord", und ein 2½jähriger brauner
Wallach
mit viel Blut hat zu verkaufen
Konr. Struken,
Haus Heydeck, b. Rheinberg.

500 M. Verdienst.
Eine Hypothek von 5000 Mark mit sehr guter Bürgschaft, welche nach 3 Jahren ausgezahlt wird, wegen anderweitigen Unternehmens zu verkaufen.
Offerten unter M. G. 8036 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Gebrauchte, aber guterhaltene
Dresch-maschine
billig zu verkaufen. 8177
Grünewald & Cie.,
Düsseldorf, Grafenbergerstr. 15a

Milch,
120—160 Liter, täglich im Stadtbezirk zu haben. Näheres in der Geschäftsst. d. Bl. 8052

Wegen Anschaffung größerer Maschinen stehen bei uns billig zum Verkauf:
1 Dynamo-Maschine
für zirka 300 Lampen
und
1 Dynamo-Maschine
für zirka 200 Lampen.
Die Maschinen sind noch in Betrieb zu sehen. 8130
van Keuven & Müller.

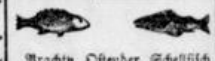
Gerichtlicher Verkauf.
Freitag, den 7. Dezbr. cr., Vormittags 11 Uhr, werde ich im Auktionslokale Kurzestr. 4, hier:
Sopha, Tische, Schränke, Waschkommode, Bettstelle 2c. meistb. geg. baare Zahl. versteig.
Zimmermann.
Gerichtsvollzieher in Krefeld.

Gerichtlicher Verkauf.
Freitag, 7. Dezbr. 1900, Vormittags 10 Uhr, werde ich in der „Reichshalle" hierselbst:
Büffetschrank, Vertikow, 3 Herren-Fahrräder, 3 große Füllöfen, 10 kompl. Etagères mit Töpfen und Krügen, eine große Parthie Messer, Gabeln und Löffeln 2c. öffentlich meistbietend gegen Baarzahlung versteigern.
Kocnen, Gerichtsvollzieher, Bez. I Krefeld, Nordwall 63.

Gerichtlicher Verkauf.
Freitag, 7. Dezbr. 1900, Vormittags 10 Uhr, sollen in der „Reichshalle" hier:
Eichen- und Tannen-Möbel öffentlich gegen Baar verkauft werden.
Krefeld
Walterfang, Gerichtsvollzieher.

Hausmeister
gesucht für ein kath. Vereinshaus und Arbeiterheim mit Wirthschaftsbetrieb im Industriebezirk. Kinderlose Eheleute und Kenner des Wirthschaftsbetriebes bevorzugt.
Offerten mit näheren Angaben unter U.F. 8174 an die Geschäftsst. d. Bl.

Konzert-Gesellschaft.
Freitag, 7. Dezember cr., Nachmittags 5 Uhr,
Probe für Damen.
(Frauenchöre und Schöpfung von Haydn)


Prachtv. Ostender Schellfisch, Kabeljau, Seezungen, Steinbutt Seeschollen, Rothzungen, lebende Karpfen, leb. Aale, Rheinhecht, Bresem, Zander, gewäss. Nordlaberdan und Tittlinge, süße Bruthäckinge empfiehlt
Joh. Gitsels, Burgstr. 9, Telephon 139.

Steckbrief.
Gegen den unten beschriebenen Schlossergesellen Paul Dähn, geboren zu Ulm, zuletzt hier wohnhaft, katholisch, welcher flüchtig ist, ist die Untersuchungshaft wegen schweren Diebstahls und Betrugs verhängt.
Es wird ersucht, denselben zu verhaften und dem nächsten Amtsgericht vorzuführen, sowie zu den hiesigen Akten J. Nr. 1839/00 sofort Mittheilung zu machen.
Krefeld, den 29. Nov. 1900.
Der Königl. Staatsanwalt.
Beschreibung: Alter 18½ Jahre. Größe 1 m 75—80 cm. Statur gesetzt. Haare dunkelblond. Nase gewöhnlich. Mund gewöhnlich. Gesicht rund. Gesichtsfarbe bräunlich. Sprache schwäbischer Dialekt.
Besondere Kennzeichen: Auf den oberen Handflächen und den Armen Tättowierungen, Schlosserwerkzeuge.
Kleidung: Dunkelbrauner Jaquet-Anzug, weicher brauner Filzhut.

Wer schnell u. billig Stellung will verlange pr. Postkarte die Deutsche Vakanzenpost, Eßlingen

In einer Back- und Konditorei ein Lehrling gesucht. Näheres in der Geschäftsstelle dieses Blattes. 4243

Das Sechswochenamt
für unsere liebe verstorbene Mutter findet
Freitag Morgen 7⅝5 Uhr
in der Stephanskirche statt,
wozu ergebenst einladet
Familie Joh. Dickmanns.

Massiv goldene
Trau-Ringe
ohne Löthfuge, gesetzlich geschützt,
in jeder Breite und Schwere,
ohne Preis-Erhöhung
empfiehlt 6934
Carl Bründt, Breitestr. 81.

Wilh. Floeren sen. Sohn,
Möbelfabrik und Ausstattungs-Geschäft
Krefeld.
Kunstgewerbliches Etablissement für
Gesammt-Wohnungs-Einrichtungen
unterhält in seinen Ausstellungsräumen
Rheinstr. 59 und Färberstr. 48/50,
fortwährend eine 7040
reiche Auswahl von Neuheiten in allen Styl- u. Holzarten.
Eigene Fabrikation. Telephon Nr. 807.

Druckſachen aller Art liefert billigst
J. B. Klein'sche Buchdruckerei, M. Buscher

Katholiken des nördlichen Stadttheiles.
Nachdem nunmehr die kirchliche und weltliche Genehmigung zum Baue der neuen kathol. Kirche an der Jurathertstraße ertheilt ist, ladet unterzeichneter Verein alle Interessenten zu einer
Versammlung
im Saale des Hrn. Adam Schlösser, Hülserstr. 24, auf Sonntag, den 9. Dezember, Abends 6½ Uhr, ein.
Tages-Ordnung:
1. Einführung des geistl. Präses.
2. Umänderung der Statuten des Vereins.
3. Aufnahme neuer Mitglieder.
4. Diverses.
Der Verein für die Ausschmückung der neuen röm.-kath. Kirche im nördl. Stadttheile. 8187

Gerichtlicher Verkauf.
Freitag, den 7. Dezember cr., Vormittags 11 Uhr, werde ich im Auktionslokale Kurzestr. 4, Restaur. Pauß, hier:
2 Fahrräder, 2 Ziehharmonikas, 1 Schreibmaschine meistbietend gegen baare Zahlung versteigern.
Der Verkauf findet bestimmt statt.
Zimmermann, Gerichtsvollzieher in Krefeld.

Städt. Markthalle.

Von heute Nachmittag 4 Uhr ab werden größere Sendungen
prachtvoller holl. Schellfische, Kabeljau
und alle Sorten frische geräucherte und marinirte Fische zu unseren Ständen billig verkauft. 7338
Rheinische Fisch Räucherei.

Maggi zum Würzen
das anerkannt vorzüglichste Mittel zur Verbesserung von Suppen, Saucen, Gemüse 2c. — wenige Tropfen genügen, ist in Fläschchen von 25 Pfg. an stets zu haben bei
Wwe. P. J. Rauch, Tannenstraße 96.
Zur sofortigen Herstellung einer vollständigen Fleischbrühe nehme man dagegen MAGGI's Bouillon-Kapseln zu 15 und 16 Pfg. für je 2 getrennte Portionen.

Pet. Steinbach jr.,

Westwall 81, a. Carlsplatz,



empfiehlt als Spezial-Uhren-Handlung alle Arten

Uhren

sowie

Gold-waaren

zu sehr billig. Preisen.

Reparaturen werden streng solid und sauber ausgeführt unt. Garantie.

Jagd-Westen, Jagd-Handschuhe, Jagd-Strümpfe

empfiehlt

Eduard Overlack.



Fensterleder, Schwämme, Bürstenwaaren

empfiehlt

J. L. Prinzenberg,

Breitestraße 61-63.

Frische Sendung frz.

Kopfsalat

empfiehlt 7939

Wilh. Großimlinghaus,

St. Antonstr. 85, Ecke Westwall.

Billiges Hühnerfutter!

Weizen-, Gerste- u. Haferabfall,

gemischt, per 150 Pfd. M. 7½, versendet franko

August Busch,

Neuß. 7828

Kupfer- und Stahlstiche

sowie **Bilder aller Art** mit und ohne Rahmen empfiehlt die Kunsthandlung und Rahmen-Fabrik von

J. Greven,

Krefeld, Hochstraße 52.

Telephon-Nr. 584.

Namensticken

wird schön und billig ausgeführt. 9700

Gartenstraße 100.

Spezialität:

Goldene

Herrenketten

große Auswahl,

585 gestempelt = 14 Karat, jedes Muster und Gewicht das Gramm M. **2.50.**

Sämmtliche andere **Gold- und Silberwaaren** billigst.

Herren- und Damen-Uhren.

Carl Bründt,

Goldarbeiter. 8762

Breitestraße 81. Breitestraße 81

Wirthschaft zu miethen gesucht.

Off. Duisburg postl. 610. 8150



Uhren und Goldwaaren,

Taschen-Uhren, Regulateure, Wand- u. Weckeruhren, Uhrketten, Trocken, Ringe, Medaillons u. s. w. Reparaturen gut u. bill.

Wilh. Goris,

Uhrmacher, Mennonitenkirchstr. 39

Fußb. Vertikows,

7 verschiedene Muster, sowie große Auswahl in

Spiegeln, Stühlen usw.

empfiehlt billigst 7543

F. Kauffmann,

alte Linnerstraße 88.

Bei quälendem Husten,

Brust-Beschwerden, alten Katarrhen,

Lungenleiden,

wird der **echte russische**

Knöterich als Brustthee

längst mit **größtem Erfolge** angewandt.

Kartons à 50 Pfg. allein echt zu haben bei 6489

H. Dietz.

Sältzer's Universaltuch

ist vorzüglich in der Wäsche und im Gebrauch.

20 Meter für nur M. **0.95.**

Proben frei. 6862

J. W. Sältzer,

Hannover, XXXI.



Daners' Gesundheits-Korset

mit breiten Schulterträger-Bändern nimmt die ganze Last der an den Seiten angeknöpften Röcke auf, wodurch solche von Hüften und Leib auf die Schulter übertragen wird. Aerztlich in jeder Hinsicht empfohlen. Absolut druckfreies, kerzengerades Sitzen.

D.R.G.M. 98415

Korsetfabr. Wilh. Daners

Krefeld, Königstr. 159.



Backpulver

Puddingpulver

Vanillezucker

Alleinige Fabrikanten:

Bielefelder Cakes- und Biscuit-Fabrik

Stratmann & Meyer,

Bielefeld.

Zu haben in Krefeld in allen besseren Geschäften.

In Ostrath bei: 8992

Rudolf Bacher.

Ein unverheiratheter

Kutscher

gesucht

mit guten Zeugnissen, früherer Kavallerist bevorzug 8092

Oberstraße 44.

Die in unser Firmenregister unter Nr. 29 eingetragene Firma **Peter Siemes** zu Kempen ist erloschen.

Kempen (Rh.), 4. Dez. 1900.

Königl. Amtsgericht.

Die Einlösung der am 2. Jan 1901 fälligen Coupons unserer Pfandbriefe erfolgt bereits vom **15. Dezember cr. ab kostenlos** an unserer Kasse, sowie an den bekannten Zahlstellen.

Neustrelitz, 5. Dezbr. 1900.

Mecklenburg-Strelitzsche Hypothekenbank

Volksbank

Eing. Gen. mit beschr. Haftpflicht zu Krefeld, Dionysiusplatz 7.

Spareinlagen

werden in jeder Höhe angenommen und je nach der Kündigungsfrist mit 3 bis 4½ Prozent verzinst. 7647

Zwangs-Versteigerung

einer

Brauerei.

Dienstag, den 11. Dez. cr.,

Vormittags 10½ Uhr, wird auf dem Königl. Amtsgericht in **Essen** (Ruhr) die W. Kemper'sche Brauerei und Wohnhäuser in Essen-Rüttenscheid, obergährig (Köln. Weiß), mit Gasmotor, komplet eingerichtet, mit Wirthschaftsbetrieb, öffentlich meistbietend verkauft.

Das Ganze ist im vorigen Jahre neu gebaut und kommt voraussichtlich preiswerth zum Verkauf. 8073

Land-Verpachtung.

14 Morgen Ackerland, im Löhrfeld gelegen, zu **verpachten.** Antritt Herbst 1901.

Wwe. Rob. Dicker,

Willich. 8131

Ein herrschaftl. eingerichtetes mittelgroßes Haus mit Gärtchen in bester Lage für 15. Mai 1901 zu miethen gesucht. Näh. in der Geschäftsst. d. Bl. 8151

Ladenlokal mit Wohnung

im Hause Wiedenhofstraße 66 in Nähe der Ewertsstraße ist per Mai zu vermiethen. Näheres Hubertusstr. 74, 2 m. sch.

Wir suchen einen angehenden Kommis

mit höherer Schulbildung zum baldigen Eintritt. Nur schriftliche Offerten mit Lebenslauf erbeten. 8088

Die Direktion der öffentlichen Seiden-Trocknungs-Anstalt.

Perfekter Zuschneider

findet per sofort dauernd lohnende Beschäftigung.

Wir reflektiren nur auf selbstständige Kraft.

Imhoff & Co.,

mech. Schuhfabrik, Krefeld, Steinstraße 69. 8176

Ein hiesiges **Speditions-Geschäft** sucht zum sofortigen Eintritt ein mit guten Schulzeugnissen versehenen

Lehrling.

Offerten unter K. S. 8172 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Stadt-Theater.

Donnerstag, 6. Dezbr. 1900: (Kleiner Abonnement.)

Debut von

Hedwig Gerno

vom Stadttheater Halle a. d. S.

Vorstellung zu ermäßigten Preisen.

Die Waise von Lowood.

Schauspiel von Charlotte Birch-Pfeiffer.

*** **Jane Eyre** — —

— — **Hedwig Gerno** a. D.

Vorher:

Liebesträume.

Komödie von Max Dreyer.

Anf. 8 Uhr. Ende 10¼ Uhr.

Freitag, den 7. Dezember 1900: 55. Abts.-Vorstllg. (blau).

Debut von

Hedwig Gerno

vom Stadttheater Halle a. d. S.

Othello,

der Mohr von Venedig.

Trauerspiel v. Wilh. Shakespeare.

*** **Desdemona** — —

— — **Hedwig Gerno** a. D.

Anf. 7½ Uhr. Ende 10¼ Uhr.

Kaiser-Panorama

Rheinst. 136, nahe Dionysiuskirche

Diese Woche:

Amerika.

Niagara-Wasserfälle, Californien New-York, Washington 2c.

Dr. med. Strauss

prakt. Arzt 2c.

Spezial-Arzt für Kinder.

8—10, 2½—5 Uhr.

Telephon Nr. 1864.

Dr. med. B. Schmitz,

Brunnenarzt, Bad Wildungen.

Spezial-Arzt für Nieren-, Blasen-, Horn- und Stein-Krankheiten.

Düsseldorf, Bilkerstraße 17, Spr. 10-12, 3-5.

Restaurant Jakob Stenders,

Schinkenplatz.

Garantirt reine Weiß- und Lagerbiere aus der Brauerei **A. Dorster, Uerdingen.**

Dortmunder Aktien-Bier.

Saal für Gesellschaften und Vereine.

Neues Billard.

Blousen-Sammet

in großer Auswahl, per Meter 1—1.50 M. u. höher. Rheinstraße 62. 8165

Tüchtiger

Brauergehülfe

von auswärts sucht per 15. Dez. oder später Stellung. Näh. i. d. Geschäftsstelle dss Bl. 8099

Rheinisches Kurz-, Weiß-Wollwaaren-Geschäft en gros sucht für **Komptoir** einen katholischen

jungen Mann

mit schöner Handschrift.

Offerten mit Angabe der seitherigen Stellungen und der Gehaltsansprüche unter M. A. 8129 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Starker Pony

und ein

leichter Ardenner

abzugeben, beide zugfest, zuverlässig, lammfromm, 4 u. 8 Jahre alt, weil überzählig preiswürdig

8014 **H. Kaspers,** Anrath.

Wegen Ueberfüllung meines Lagers verkaufe ich sämmtl. noch vorräthigen Möbel, besonders Bettladen m. Matr. u. Sopha, 15—20 Prozent unter Preis. 8062 Marktstraße 156.

Guterhalt. 3löch. Herd u. verschied. alte **Oefen** werden billig. abgegeb. Gelderschestr. 46.

Heirath.

Oekonom, Junggeselle, kath., Ende 30er, in einem Städtchen am Niederrhein, mit ein. Verm. von ca. 80,000 M., wünscht behufs Heirath mit einem gebild. kath. Mädchen im Alter von 30 bis 35 Jahren in Verbindung zu treten. 8167

Offerten nebst Photogr. unt. S. 851 an die Ann.-Expedition **J. F. Houben, Krefeld,** erbeten.

Strengste Diskretion zugesich.

Ein graugelockter 8158

Jagdhund zugelaufen.

Derselbe kann gegen Insertions- und Futterkosten abgeholt werden.

Ludwig Bohwinkel,

Bonkenhof bei Willich.

Zur Entlastung der letzten Tage vor Weihnachten gebe ich auf Uhren und Goldwaaren [mit Ausnahme von Trauringen und goldenen Uhrketten], welche vor dem 15. Dezember ausgesucht oder bestellt werden,

10 Prozent Rabatt.

Uhren, Juwelen, Silber- und Alfenidewaaren.

Beste Bezuge-Quelle.

Riesen-Auswahl.

Man vergleiche Preise und Qualitäten in meinen Schaufenstern,

Josef Bäumer

33 Hochstrasse 33.

Telephon 1604. Telephon 1604.

Geschäfts-Empfehlung.

Einem geehrten Publikum von **St. Tönis** zur Nachricht daß ich **Maximinstraße 237** ein

Friseur- u. Barbiergeschäft

eröffnet habe und mich bestens empfehlen halte.

Achtungsvoll 8168

Ernst Schulten.

Hermann Schreyer,

Rheinstrasse 68 (Stadt-Theater)

empfiehlt als **alleiniger Vertreter:**

Flügel u. Pianinos

der weltbekannten Hof-Pianoforte-Fabriken

Th. Steinweg Nachf., Rudolf Ibach Sohn,

ferner die **vorzüglichen Pianinos** von Berdux, Estey Co. in New-York, Kohl, Mann, Neumeyer, Rittmüller, Sponnagel, Schiedmayer (Grand Prix Paris 1900), Thürmer, Zeitter & Winkelmann etc. von **450 Mk.** Kasse an.

Deutsche u. amerik. Harmoniums, unter letzteren die unübertroffenen Instrumente von **Mason & Hamlin.**

Zu Festgeschenken!

Regenschirme

(eigenes Fabrikat)

empfiehlt

zu den billigsten Preisen in großer Auswahl

die **Schirm-Fabrik** von

Ww. Wilh. Neu,

Breitestr. 75, zwischen Markt- u. Ewertsstraße. 7192

Ueberziehen und Reparaturen schnell und billig.

---

12 Flaschen

nach Wunsch sortirt:

Madeira, Sherry, Portwein, Malaga und Marsala;

alles hocheine Weine **20 Mark.**

6 Flaschen obiger Weine zu **11 Mark.**

Lieferungen nach auswärts franko.

Franz Rademaker Wwe.,

Krefeld, Ostwall 80. 8010

Cognac, Rum, Arac, Punsch,

sowie alle **feinen Liqueure** empfiehlt

Franz Rademaker Wwe.

Sänger-Vereinigung Krefeld.

Sonntag, 9. Dezbr. cr., Abends 7 Uhr in den Sälen der **„Königsburg":**

1. Winterfest.

Konzert, Theater

und

geschlossener Ball.

Tanzleitung: Herr **Ad. Helfer jr.**

Karten à 1 Mark, eine Dame frei, Herrenkarten **75 Pfg.,** Damenkarten **50 Pfg.** sind zu haben in der Zigarrenhandlung Neumann, Friedrich- und Rheinstr.-Ecke, Buchhandlung von Franz Pouzelar, in der Restauration Büns, Königstr., im Vereinslokale „Zur Reichshalle", sowie bei den Mitgliedern.

Unsere verehrlichen Ehren- und passiven Mitglieder sind hierzu freundl. eingeladen und haben mit ihren werthen Damen freien Zutritt.

Der Vorstand.

Restauration Brueren,

Ant. Wischer.

Ausschank von hochfeinem Straßburger Bier aus der **Genossenschaftsbrauerei Hatt-Aufen.**

Mühleisen & Co., Straßburg-Schiltigheim.

Unterricht im Klavierspiel.

Paul Stoye,

Kornelisstrasse 37.

Fernsprecher 1922.

Karl Schimmelpfennig,

Blumenhandlung,

Westwall 73, am Museum.

Riessner Oefen

am Lager.

Größte Auswahl am Platze. Billigste Preise.

A. Beenen,

Steinstraße 16. 4666

Miethvertrag-Büchelchen,

nach den Bestimmungen des neuen Bürgerlichen Gesetzbuches abgefaßt, sind vorräthig in der

Geschäftsstelle der „Niederrheinische Volksztg."

und des

„Krefelder Stadt-Anzeiger".

Friedrichstr. 41. Fernsprecher 354.

Unentgeltlich

und portofrei erhält auf Wunsch während **8 Tagen** jeder Interessent die täglich in Mittag- u. Abend-Ausgabe erscheinenden

„Niederrheinische Volkszeitung" Krefeld.

Welt-Ausstellung Paris.

1 goldene Staatsmedaille für künstlerisch vollendete Reliefholzmöbel.

1 goldene Staatsmedaille für hervorragende dekorative Gesammt-Arrangements.



Spezialität:

Solide, preiswerthe Wohnungs-Einrichtungen moderner Richtung.

Ausstellungsgebäude mit kompletten Musterzimmern.

Sehenswürdigkeit nahe der Tonhalle. Moderne Wohnungs-Einrichtungen ausgestellt.

Kunst-Ausstellung: Berlin, Wien, München, Dresden, Breslau, sowie auf der

Welt-Ausstellung Paris.

Einrichtungen innerhalb Rheinlands und Westfalens franko Lieferung. 9248

Das **schönste Weihnachtsgeschenk** weil **gleich nach Weihnachten Verloosung** stattfindet.

Genehmigte **2 Mark** jedes Loos!

Hessische Damenheim-Lotterie.

Einzigste Lotterie, in welcher alle Loose zweimal gewinnen können!

Beeilen Sie Ihre Bestellung, da die verhältnißmäßig kleine Loos-Anzahl rasch vergriffen. Preis des Looses für zwei Ziehungen **ohne Nachzahlung** gültig **nur 2 Mark.**

Porto und Listen beider Ziehungen 50 Pfg. — Auszuloosender Spielkapitalwerth **130,000 Mark**

cv. **50.000** Mark, sp. **40,000** — 2 mal **10,000** — 2 mal **5000** — 2 mal **3000** — 3 mal **1000** M. u. s. w.

Am 5. bis 7. Januar Ziehung. **6414** Gewinne.

Alleinige General-Agentur: **S. P. van Perlstein,** Bankgeschäft.

Köln a. Rh., Obenmarspforten 25. 7883